

W. K. 563.

Lebensverhältnisse der  
H. W. K. 563.

Darstellung

der

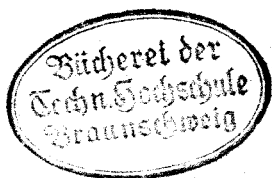
# Stenerverhältnisse

der

Stadt Wolfenbüttel.

Eine Denkschrift.

3 II 563



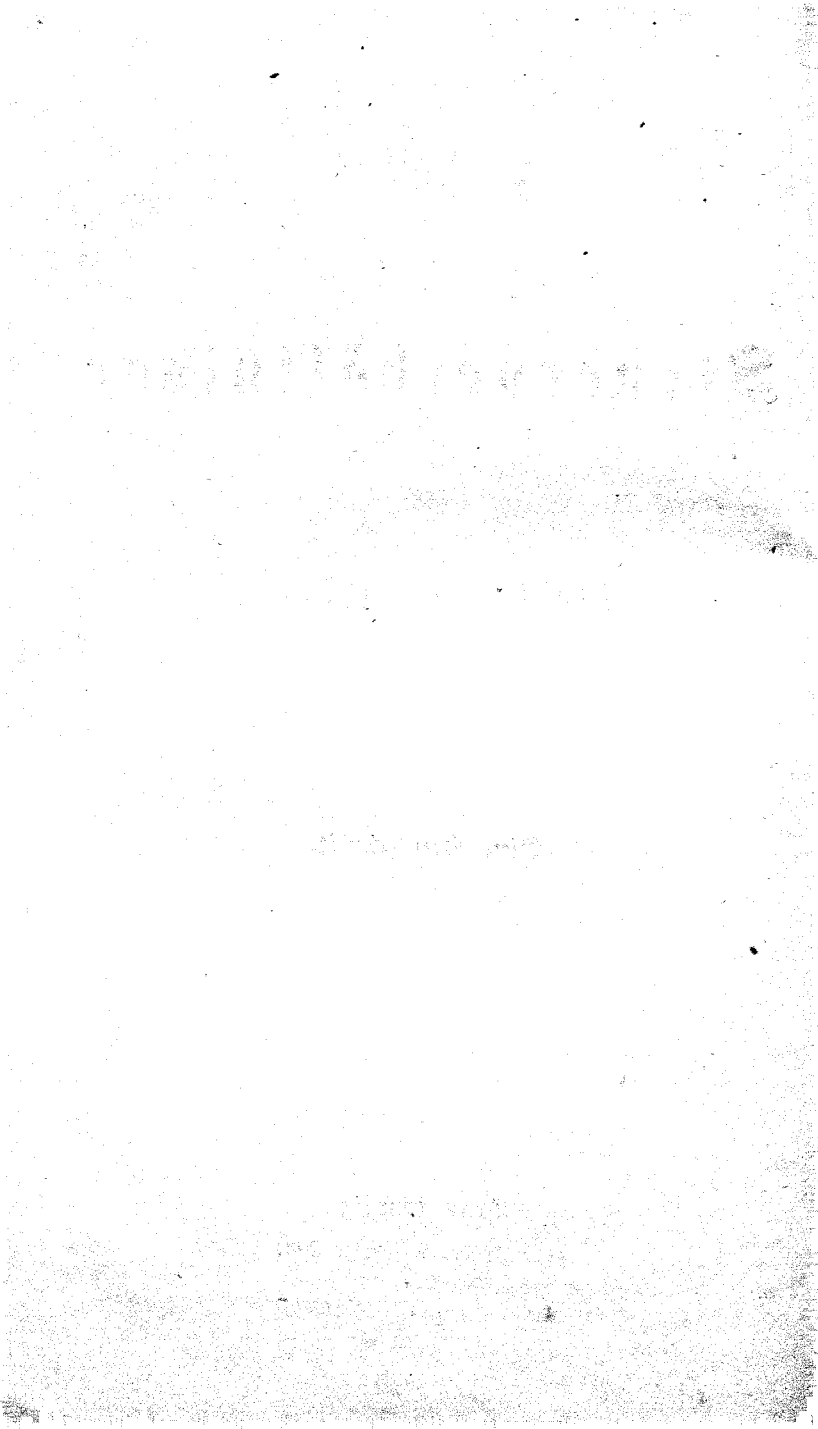
---

Als Manuscript gedruckt.

---

Braunschweig,  
gedruckt bei Friedrich Otto.

1846.



## Einleitung.

---

Seit der zweiten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts hat die Stadt Wolfenbüttel — wie unzählige Bitt- und Beschwerdebefristen in den älteren Acten ergeben — geglaubt, gegen die übrigen Landestheile unverhältnismäßig mit Abgaben belastet zu sein. Als sich auf den Landtagen von 1835 und 1837 die Beschwerde erneuerte, beantragte die Ständerversammlung bei dem Herzoglichen Staatsministerium eine Untersuchung der betreffenden Steuerverhältnisse. Das Herzogliche Staatsministerium gab dem Antrage Folge und forderte Bericht nicht nur von der Herzoglichen Steuer-Direction, sondern, als diese Behörde — nicht ohne Einmischung erheblicher Irrthümer — sich darauf beschränkte, aus den im Jahre 1836 von Braunschweig und Wolfenbüttel gezahlten Steuerbeträgen und der Einwohnerzahl eine geringere Besteuerung der letzteren Stadt zu berechnen, auch von den Herzoglichen Kreis-Directionen zu Braunschweig und Wolfenbüttel. So viel bekannt geworden, haben die letzteren beiden Behörden die Steuerkräfte Wolfenbüttels genauer geprüft, namentlich von dem Magistrate und von sachkundigen Privatpersonen Erkundigungen eingezogen und darauf ein gemeinschaftliches Gutachten zu Gunsten der hiesigen Stadt abgegeben.

Wenn in Folge dessen gleichwohl nichts weiter geschehen ist, als daß der Stadt einerseits zwar die extraordinäre Contribution zu jährlich 144 Thlr. 12 Ggr. 9 Pf. abgesetzt, andererseits aber durch das Gesetz vom 21. December 1841 andere Steuern bedeutend aufgesetzt sind, so kann dieses bei der durch ein höchstes Rescript ertheilten Zusage:

„daß Man bereit sei, auf die Mittel, welche den Verkehr der Stadt Wolfenbüttel und deren Wohlhabenheit befördern können, jeder Zeit thunlich Bedacht zu nehmen“

nur in der fortwährenden Verkennung des wahren Sachverhältnisses seinen Grund haben. Die Stadt Wolfenbüttel hat es daher um so weniger für überflüssig gehalten, nachstehend eine genauere Darstellung ihrer

ungünstigen Steuerlage zu entwerfen, je zuversichtlicher sie darin die Hauptursache der leider unverkennbar zunehmenden Verarmung finden zu müssen glaubt.

### §. 1.

Als fürstliche, auf herrschaftlichem Grund und Boden erbaute Kammerstadt <sup>1)</sup> entbehrte Wolfenbüttel bis zum Jahre 1820 der landständischen Vertretung, genoss aber dafür Anfangs mannigfache Steuerbegünstigungen. Abgesehen von einer für die Julius = Universität vorbehaltenen Wein- und Bier-Accise, hatten die Privilegien des Herzogs Julius vom 22. Janr. 1579 und vom 20. Janr. 1586 <sup>2)</sup> allen Einwohnern der neuen Stadt Freiheit von Abgaben verheißen, und die Heinrichstädt'schen Statuten vom 25. Janr. 1602 <sup>3)</sup> dieses Vorrecht mit Ausnahme der eingewilligten Bier-Accise auf fernere 20 Jahre bestätigt.

Freilich begann schon der Landtag von 1615 an der Verheißung zu rütteln und bewirkte, daß die früher an die Kammercasse gezahlte Bier-Accise verdoppelt und zur Hälfte der Landrentereicasse überwiesen wurde <sup>4)</sup>; allein im Uebrigen gelang es der Stadt, ihre Immunität zu bewahren und sogar, weil sie zum Bau der neuen Kirche B. M. V. ansehnliche Beiträge zu liefern hatte, über die ursprüngliche Zeit zu verlängern, und den landschaftlichen Steuern (der Städtetare) sich durchaus zu entziehen <sup>5)</sup>.

<sup>1)</sup> Der Herzog Julius sagt in dem Schreiben vom 23. Mai 1578, worin er die kaiserliche Bestätigung der der Stadt verliehenen Privilegien nachsucht, er und seine Vorfahren in der Regierung wären nicht unzeitig bewogen worden, vor und neben dem Fürstlichen Schloß Wolfenbüttel auf ihrem und seinem „Eigenthum, Grund und Boden“ gewesen Dienern und anderen Leuten zu vergönnen, „daß sie zu ihrer Nothdurft und Gelegenheit ehliche vor der Festung liegende Teiche, „Moräste und Gesümpfe ausfüllen und darauf auch anderer Orten mehr ihre häusliche Wohnung erbauen mögen.“ —

(abgedruckt in Schottel de singul. quibusd. in German. jurib. S. 317 ff.)

<sup>2)</sup> Bege, Geschichte der Stadt Wolfenbüttel, S. 56. —

<sup>3)</sup> Art. 12. —

<sup>4)</sup> Landtagsabschied v. 14. Jan. 1615. Art. 16. (Ribbentrop, Landtagsabschiede, Th. I. S. 215.) Bege, Chronik von Wolfenbüttel, S. 72 f.

<sup>5)</sup> Bege, Chronik, S. 129. — Die Schachordnung vom 23. Juni 1619 unterwarf nur die kleineren Städte, zu denen Wolfenbüttel und Braunschweig nicht gehörten, der Stadttage; die Schachordnung v. 10. Juli 1719 verfügte zwar, daß Braunschweig und Wolfenbüttel zur Stadttage concurriren sollten, aber es kam nicht dazu.

Seit dem dreißigjährigen Kriege kam ihr jedoch von diesen Privilegien wenig mehr zu Gute. Nicht nur, daß sie als Festung jener Zeit außerordentlich gelitten hatte <sup>1)</sup>, wurde sie auch zu Römermonaten, Türken- und Fräulein-Steuern herangezogen <sup>2)</sup>, und sollte nach dem Landtagsabschiede vom 10. October 1682 <sup>3)</sup>

„zu dem corpore gemeiner Landschaft würklich beitreten und künftig „zu denen Reichs-, Kreis-, Türken- und Fräulein-Steuern und „andern Landes=oneribus in billiger Proportion gleich andern „Städten concurriren.“

Kam nun auch diese Bestimmung in der Hauptsache nicht zur Ausführung <sup>4)</sup>, so legte doch ein höchstes Rescript vom Jahre 1686 der Stadt provisorisch eine ordinäre Contribution auf von monatlich 200 Thlr., welche — abgesehen von einigen unerheblichen, bald nachgelassenen, bald wieder aufgehobenen Ermäßigungen — bis 1695 fortgezahlt und durch ein höchstes Rescript vom 4. Juli 1695 nur abgesetzt wurde, um anderen drückenderen Abgaben Platz zu machen.

Von nun an bildeten sich folgende der Stadt eigenthümliche Steuern aus, welche größtentheils noch heute bestehen, und ohne nachhaltige Folgen nur vorübergehend einmal durch die (ebendaher hier nicht in Betracht gezogene) westphälische Steuerverfassung außer Anwendung gesetzt sind.

I. Als Verbrauchsabgabe die Thor-, Mahl- und Schlacht=Accise, welche „jüngst eingeführt“ und durch die landesherrliche Verordnung vom 10. Juli 1693 „auf ein und andere Consumptionen ferner extendirt“, im Einzelnen trotz des zu Gunsten des freien Verkehrs in die kaiserlichen Wahlcapitulationen aufgenommenen

<sup>1)</sup> Bege, Chron. S. 87 ff. 103 ff.

<sup>2)</sup> Bege, Chron. S. 129. — Geschichte, S. 61 f.

<sup>3)</sup> Art. 6 (bei v. Liebhaver, Einleitung z. Th. I. S. 288).

<sup>4)</sup> Der Fuß der Römermonate, nach welchem zu den Reichs-, Kreis-, Türken- und Fräuleinsteuern, nach dem Abkommen des gemeinen Pfennigs, subcolligirt wurde (Lang, histor. Entwicklung der teutschen Steuerverfassungen, S. 183 ff. 203 ff. — Bode, Grundsteuern des Herzogthums Braunsch. S. 23, 25, 39—41), war in Wolfenbüttel im Jahre 1793 so verdunkelt, daß der damals nach Römermonaten auf die Stadt ausgeschriebene Betrag von 106 Rthlr. 18 gGr. 6 Pf. für das Mal nach dem Fuße des Services aufgebracht wurde. — Bege, Chron. S. 130, Anmerk. 1. —

Verbots solcher Abgaben <sup>1)</sup> allmählich durch nachstehende Entwicklungen zu einer für die Dauer kaum erschwinglichen, aus Anlage A. im Allgemeinen ersichtlichen Höhe sich gesteigert hat.

1. Die Thoraccise, seit 1768 nach dem Fuße der Braunschweigischen erhoben, war bei mangelndem Grenzzolle <sup>2)</sup> ursprünglich auf Gegenstände des In- und Auslandes gelegt <sup>3)</sup>, und behielt diesen Umfang auch, als durch die Verordnung vom 10. März 1828 ein Grenzzoll eingeführt und die ausländischen Erzeugnisse für die Stadtbewohner doppelt besteuert wurden <sup>4)</sup>. Erst der im Jahre 1834 mit dem Königreiche Hannover und dem Großherzogthume Oldenburg abgeschlossene Steuerverein hatte eine Beschränkung der Accise auf Gegenstände des gemeinsamen Inlandes zur Folge, bewirkte aber desungeachtet für die Stadt keine Steuererleichterung, weil nicht nur die ausländischen Producte einem höheren Grenzzolle <sup>5)</sup>, sondern auch zugleich die inländischen einer erhöhten Accise unterworfen wurden <sup>6)</sup>. Im Jahre 1842 führte der Beitritt zum Preussischen Zollvereine neue nachtheilige Veränderungen herbei <sup>7)</sup>. Die Grenzzölle für Gegenstände ausländischer Erzeugung wurden wiederum bedeutend erhöht <sup>8)</sup> und folgende inländische Gegenstände blieben außerdem accisepflichtig:

- 1) Branntwein,
- 2) Brennmaterialien,
- 3) Brot und Bäckerwaaren,
- 4) Fleisch, Fett und Fleischwaaren,
- 5) Fourage,
- 6) Mehl und Mehlnwaaren.

Die Brennmaterialien waren früher zum Theil in Natur veracciset. Ein landesherrliches Ausschreiben vom 28. September

<sup>1)</sup> v. Ulmenstein, Steuerrecht der Reichsstände, S. 168 ff.

<sup>2)</sup> Boffe, Darstellung des staatswirthschaftlichen Zustandes in den deutschen Bundesstaaten auf seinen geschichtlichen Grundlagen, S. 314 f.

<sup>3)</sup> Tarife vom 10. Juli 1693, vom 2. Januar 1771, vom 3. Februar 1815.

<sup>4)</sup> Tarif vom 10. März 1828. (S. 52 ff.)

<sup>5)</sup> Zolltarif von 1828 vergleiche mit dem Tarif von 1835.

<sup>6)</sup> Gesetz und Tarif vom 11. Mai 1835.

<sup>7)</sup> Gesetz und Tarif vom 21. December 1841.

<sup>8)</sup> Vergleiche Zolltarif für das Jahr 1842 und 1845.

1644 <sup>1)</sup> hatte verordnet, daß zur Heizung der Wachsstuben von jedem eingehenden Fuder Klußholz im Thore so viel Scheite genommen werden sollten, als Pferde vorgespannt waren. Spätere Verordnungen <sup>2)</sup> hatten diese Naturalabgabe um die Hälfte erhöht und auf Waasholz ausgebehnt, ihr auch eine Geldabgabe unter dem Namen Holz-Licent zugesellt <sup>3)</sup>. Im Jahre 1840 <sup>4)</sup> wurden beide Erhebungsweisen zu einer einzigen ermäßigten Geldabgabe vereinigt, welche die neueste Gesetzgebung beibehielt, aber wiederum mehr als  $\frac{1}{3}$  aufsezte <sup>5)</sup>.

Für Fourage und Fleisch sind die Ansätze gegen früher gleichfalls erhöht, für jene um das Doppelte, für dieses um  $\frac{1}{3}$ .

Mehl ist in der Thoraccise zwar etwas herabgesetzt; der Satz ist aber immer noch höher, als die Mahlaccise. Mehl wird daher nur in den heyen Zeiten eingeführt, für welche früher die Einrichtung bestand, daß die Bäcker auswärts mahlen lassen und das Mehl gegen  $\frac{2}{3}$  der Mahlaccise wieder einführen durften <sup>6)</sup>. Da dieses sogenannte Bäckerheymehl, welches jährlich einen Acciseerlaß von etwa 220 Thlr. in sich schloß <sup>7)</sup>, zugleich aufgehoben ist, so hat die Herabsetzung der früheren Prohibitivaccise auf Mehl für die Stadt mehr Schaden, als Vortheil gebracht.

Die Tariffätze für Brot <sup>8)</sup> und Branntwein sind unverändert geblieben.

2) Die Mahlaccise, welche jetzt von dem zu Mehl, Viehschrot, Graupen, Ories oder Grüge zu vermahlenden Getraide ge-

<sup>1)</sup> Bege, Chron. S. 107.

<sup>2)</sup> S. Fredericksdoff, Promptuar. Th. VI. S. 207. Th. IV. S. 92.

<sup>3)</sup> Tarif von 1771 s. v. Holz, von 1815 (S. 28.), v. 1828 (S. 91 f.), von 1835 (S. 484). Vergl. Fredericksdoff, Prompt. Th. III. S. 180 ff. Th. IV. S. 92.

<sup>4)</sup> Gef. v. 1. Mai 1840, §. 5 und 6. (S. 103.)

<sup>5)</sup> Tarif v. 1841.

<sup>6)</sup> B. v. 13. Juni 1797, die Verbesserung des Mühlenwesens zu Wolsenbüttel betr. §. 6. — Tarif zum Gef. v. 11. Mai 1835. (S. 490)

<sup>7)</sup> Zu diesem Betrage ist der Erlaß z. B. im Jahre 1836 für Wolsenbüttel berechnet, während er für Braunschw. 1360 Thlr. betrug.

<sup>8)</sup> Früher hatte im Betreff des Brots, „um der Armuth dieses nothwendige Lebensbedürfnis wohlfeil zu verschaffen“, die Erlaubnis bestanden, innerhalb der nächsten 2 Meilen ganze Wagen voll Brot accisefrei in die Stadt bringen zu dürfen. — B. v. 18. December 1699. — Bege, Chron. S. 140.



geben wird <sup>1)</sup>, begriff früher den größten Theil des Mahllohns in sich <sup>2)</sup>, indem dem Müller bloß ein geringes Sicht-, Spitz- und Trintgeld zu reichen war <sup>3)</sup>. Weil alle Mühlen der Stadt auf herrschaftliche Rechnung verwaltet werden, so hielt man erst im Jahre 1842 eine Trennung beider Abgaben für erforderlich <sup>4)</sup>, nachdem man den Plan gefaßt hatte, die Stadtmühlen nach und nach, so wie sich eine passende Gelegenheit dazu darbiete, zu verkaufen <sup>5)</sup>. Nur der neueste Tarif vom 21. December 1841 enthält daher die reine Steuer, welche er nach dem Gewichte ansetzt, während früher das Gemäß, und zwar bis 1838 der alte, von da an der neue, um  $\frac{1}{20}$  kleinere Braunschweigische Himten zum Grunde gelegt worden war <sup>6)</sup>. Im Ganzen ist auch die Mahllaccise erhöht, wie Anlage B näher ausführt.

3. Die Schlachtaccise besteuert die vierfüßigen zum Schlachten bestimmten Hausthiere, Rindvieh, Schweine, Kälber, Hammel, Schaafe und Ziegen, Schaafe- und Ziegenlämmer und Spannferkel <sup>7)</sup>. Sie war Anfangs theils nach dem Geldwerthe, theils nach Viehstückzahl, und höher oder niedriger angesetzt, je nachdem zu feilem Verkaufe oder zu eigenem Verbrauche geschlachtet wurde <sup>8)</sup>. Später wurde sie mit dem fortdauernden Unterschiede des Schlachtens zum Verkauf und zum eigenen Bedürfnis nach dem Gewichte erhoben <sup>9)</sup>, bis endlich seit 1815 die Stückzahl des Viehes zur ausschließlichen Grundlage genommen ist <sup>10)</sup>. Der Tarif von 1815 und 1828 wurde 1835 in Courantgeld umgerechnet und seit dem Jahre 1842 um mehr als  $\frac{1}{3}$  erhöht, wie aus Anlage C ersichtlich ist.

II. Als Verkehrsabgaben entstanden das Thor- oder Sperrgeld und das Brückengeld.

<sup>1)</sup> Tarif v. 21. December 1841. (S. 466.)

<sup>2)</sup> B. v. 28. April 1815. §. 4. (S. 32.)

<sup>3)</sup> B. v. 13. Juni 1797. §. 61. und 62. — Tarif v. 1835.

<sup>4)</sup> Gesetz v. 21. December 1841. §. 38. (S. 452.)

<sup>5)</sup> Vergl. Landtagsabschied v. 18. Aug. 1842, Art. 11. — (S. 541.)

<sup>6)</sup> Bekanntmachung v. 12. Juni 1838 (S. 191) und v. 16. Juli 1837, (S. 325.)

<sup>7)</sup> Tarif v. 21. December 1841 (467).

<sup>8)</sup> Tarif v. 10. Juli 1693. (Zu der Sammlung der Landes-Constitutionen vom Jahre 1731. S. 202 ff.)

<sup>9)</sup> B. v. 6. August 1770. (Fredericksd. Prompt. Th. I. S. 16.)

<sup>10)</sup> B. v. 28. April 1815, §. 5. (S. 33.)

Nach den Heinrichstädt'schen Statuten<sup>1)</sup> war die Oeffnung und Schließung der Stadthore ein Vorrecht des Landesherrn. Auf den Grund desselben führte ein landesherrliches Mandat vom 3. November 1710 für das Ein- und Auslassen von Personen, Zug- und Lastvieh durch die zu gewissen Tageszeiten geschlossenen Thore unter der Benennung „Sperrgeld“ eine Gebühr ein<sup>2)</sup>, deren Tarif im Jahre 1835 erhöht wurde<sup>3)</sup>. Nach dem Preussischen Zollvereinigungsvertrage durfte diese jährlich 800 Thlr. nicht übersteigende Abgabe nicht fortbestehen<sup>4)</sup>. Das Gesetz vom 21. December 1841<sup>5)</sup> hob sie deshalb auf und ersetzte sie durch das Brückengeld<sup>6)</sup>, welches seit dem 1. Januar 1842 von auswärtigen über die Thorbrücken der Stadt eingehenden Fuhrwerken, Pferden, Maulthierern und Eseln erhoben wird<sup>7)</sup> und der Stadt insofern zur Last fällt, als es nicht nur die vom Lande eingebrachten Waaren vertheuert, sondern auch auswärtige Kunden abhält, die Gewerbetreibenden der Stadt in Nahrung zu setzen.

Das Brückengeld hat indeß zugleich eine der Stadt vortheilhafte Bestimmung.

Um den Einwohnern die Herstellung des Pflasters zu erleichtern, welches durch die wiederholten Ueberschwemmungen im dreißigjährigen Kriege sehr gelitten hatte<sup>8)</sup>, mußten die Frachtfuhrleute, welche Waaren in die Stadt einbrachten, nach einem Edicte vom 18. Mai 1645 zwölf Kieselsteine am Thore, bei Strafe von 1 Pf. für jeden fehlenden Stein, abliefern<sup>9)</sup>. Diese Abgabe wurde öfter neu eingeschränkt, ging aber nach und nach in die ursprünglich nur als Strafe gedrohte Geldabgabe über, welche unter dem Namen Stein- oder Pflastergeld von

<sup>1)</sup> Art. 2. —

<sup>2)</sup> Bege, a. a. D. S. 141.

<sup>3)</sup> Ges. v. 11. Mai 1835. (S. 492.)

<sup>4)</sup> Vertrag v. 1841, Art. 12. (S. 93.)

<sup>5)</sup> §. 1. — (S. 437.)

<sup>6)</sup> §. 37 ff. — (S. 461.)

<sup>7)</sup> Tarif v. 1841. (S. 468.)

<sup>8)</sup> Bege, Chron. S. 90, 100. — Geschichte, S. 33. 38. —

<sup>9)</sup> Edict v. 18. Mai 1645. — Woltered, kurzer Begriff u. S. 78 f. —

Bege, Chron. S. 107.

jedem fremden Lastwagen zu 1 Ggr. für Rechnung der Kammereicasse erhoben wurde<sup>1)</sup>.

In Folge des Zollverbands<sup>2)</sup> mußte die Abgabe aufhören, aber die Kammereicasse erhält dafür vom Anfange des Jahres 1842 an bis auf Weiteres aus der Herzoglichen Haupt-Finanz-Casse eine Entschädigung, welche weder den Ertrag des bisherigen Pflastergeldes nach dem Durchschnitte der 10 Jahre von 1832—1841, noch den Ertrag des neu eingeführten Brückengeldes überschreiten soll<sup>3)</sup>.

Der zehnjährige Mittelrertrag des Pflastergeldes war 500 Thlr., und diese werden nunmehr von dem Brückengelde gezahlt, welches durchschnittlich 1150 Thlr. im Jahre einbringt.

### III. Abgaben für besondere Anstalten.

Dahin gehören:

1. Das Waage- und Pfundegeld.
2. Das Mühlenwaagegeld.
3. Das Niederlagegeld.

1. Das Waage- und Pfundegeld floß ursprünglich in die Stadtcasse. Durch die Heinrichstädtischen Statuten<sup>4)</sup> war dem Rathe der Stadt die Befugniß eingeräumt, das ums Jahr 1585 vom Herzog Julius erbaute und später verlegte Waagehaus mit einem Waagemeister zu besetzen, welcher alle in größeren Quantitäten zu Markt gebrachten Waaren zu wägen und zu messen hatte<sup>5)</sup>. Die Arbeit wurde mit einem Waagegelde und das Herleihen der Maas- und Gewichtsstücke mit einem Pfundegelde bezahlt<sup>6)</sup>. Nachdem im vorigen Jahrhundert eine herrschaftliche Accisestube angelegt war<sup>7)</sup>, geschah dort das Wägen oder Messen der accisbaren Gegenstände, und das Waage- und Pfundegeld zog der Staat ein, welcher die Kammerei mit

<sup>1)</sup> Edict v. 17. April 1696, v. 1. November 1742 und v. 1. November 1792. Bolstered, a. a. D. S. 342 f. — Bege, Chron. S. 107. — Gesch. S. 50.

<sup>2)</sup> Vertrag von 1841, Art. 12. (S. 93.)

<sup>3)</sup> Landtagsabschied v. 18. August 1842. Art. 13. (S. 342.)

<sup>4)</sup> Art. 35. —

<sup>5)</sup> Bege, a. a. D. S. 75 und 80.

<sup>6)</sup> Heinrichst. Statut. Art. 33. —

<sup>7)</sup> Bege, a. a. D. S. 142. 171.

50 Thlr. jährlich entschädigte <sup>1)</sup>. Die Verordnung vom 28. April 1815 <sup>2)</sup> bestimmt das vereinigte Waage- und Pfundegeld auf 4 Pf. und 6 Pf. vom Centner, je nachdem behuf der Accise oder bloß zur Nachricht gewogen wird.

2. Das Mühlenwaagegeld verdankt seinen Ursprung einer Verordnung des Jahres 1797 <sup>3)</sup>. In den Mühlen der Stadt waren große Waagen errichtet, auf denen das zum Vermahlen bestimmte Getraide gegen 1 Pf. vom Hünter von den Bäckern gewogen werden mußte, von den andern Mahlgästen gewogen werden durfte. Seit alles Getraide behuf der Accise gewogen werden muß, ist das Mühlenwaagegeld durch das Gesetz vom 21. December 1811 <sup>4)</sup> aufgehoben.

Die Abgabe betrug jährlich etwa 230 Thlr. und ist überflüssig durch die erhöhte Mahlaccise ersetzt worden <sup>5)</sup>.

3. Das Niederlagegeld ist eine Abgabe ohne Erheblichkeit.

Neben der Accise als städtischer Verbrauchssteuer war seit langer Zeit ein Durch- und Ausgangszoll in der Stadt Wolfenbüttel hergebracht. Güter, die zum Durchgange bestimmt waren, konnten sich gegen Erlegung des geringeren Durchzolls von der Eingangsaccise und vom Auszolle befreien, wenn sie entweder ohne Aufenthalt durchgeführt, oder zur öffentlichen Bewahrung bis zur Wiederausfuhr auf dem Packhofe niedergelegt wurden <sup>6)</sup>. So lange Durchzoll gegeben wurde, fand die Aufbewahrung ihre Vergütung darin, daß der Durchzoll für umgeladene Güter oder „auf zweiter Are“ meistens höher war, als auf einer Are <sup>7)</sup>. Als aber mit dem Abschlusse des Steuervereins der städtische Aus- und Durchzoll weggefallen und befungeachtet die accisefreie Niederlage auf dem Packhofe geblieben war <sup>8)</sup>, wurde für die Bewahrung eine Gebühr, das Niederlagegeld,

<sup>1)</sup> Refcr. v. 28. September 1775 und 26. August 1778. — Bege, a. a. D. S. 171.

<sup>2)</sup> §. 9. — (S. 36.)

<sup>3)</sup> B. v. 13. Juni 1797. §. 47.

<sup>4)</sup> §. 1. — (S. 437.)

<sup>5)</sup> S. Anlage A.

<sup>6)</sup> B. v. 28. April 1815. §. 1. und 14. — (S. 30 und 39.)

<sup>7)</sup> B. v. 17. Januar 1814 (S. 49.) und v. 3. Februar 1815. (S. 35.) —

<sup>8)</sup> Steuervereinsvertrag v. 1. Mai 1834, Art. 8. — Gef. v. 23. April 1835, §. 68 und 71. — (f. B. S. Jahrgang 1835, S. 174, 233 und 234.) —

bezahlt. Auch nach dem Beitritt zum Zollverein ist ausnahmsweise die accisefreie Niederlage erhalten und das Niederlagegeld auf monatlich 1 Pf. für trockne und 8 Pf. für flüssige Waare vom Centner festgesetzt <sup>1)</sup>.

#### IV. Grundabgaben.

Obgleich die Accise die Stelle dieser Abgaben vertreten sollte, wurden der schutzlosen Stadt doch außerdem folgende zum Theil sehr ansehnliche Häusersteuern aufgelegt:

1. Die extraordinäre Contribution, früher Uebertragungsgeld genannt, eine seit 1695 mit jährlich 144 Thlr. 12 Ggr. 9 Pf. entrichtete, in ihrem Ursprunge sehr verdunkelte Abgabe <sup>2)</sup>. Sie wurde vormalis in die Kriegscasse <sup>3)</sup> eingezahlt, nicht in die Kammercasse, welche die Accise einnahm. Da die Kammercasse der Kriegscasse einen jährlichen Erfag für die derselben durch die Accise entzogene Contribution leisten mußte <sup>4)</sup>, und die Acciseeinnahme dazu vielleicht Anfangs nicht ausreichte, so kann es sein, daß das Uebertragungsgeld zur Ergänzung des Ausfalls bestimmt war und ohne Grund forterhoben wurde, nachdem die Accise einen bedeutenden Ueberschuß zu gewähren angefangen hatte. Erst auf die jüngsten Vorstellungen der Stadt ist ihr die Abgabe vom 1. Januar 1840 an durch ein höchstes Rescript vom 16. Januar 1841 abgesetzt.

#### 2. Der Service.

Von der durch die Heinrichstädt'schen Statuten verliehenen Abgabefreiheit war die Ausnahme gemacht, daß die Einwohner für die Berquartirung der in der Festung jeweilig befindlichen Besatzung zu sorgen hatten. Wohnung und Lagerstätte, Licht, Feuerung und Salz, als der ursprünglich in Natur zu liefernde Service <sup>5)</sup> wurde bald in eine Geldabgabe dergestalt verwandelt, daß es den zur Natural-

<sup>1)</sup> Regulativ für das Zolllager zu Wolsenbüttel v. 23. December 1841, §. 5. und 29. — (i. B. S. Jahrgang 1842, S. 151 und 159.)

<sup>2)</sup> Bege, a. a. D. S. 128 und 174.

<sup>3)</sup> Bege, a. a. D. S. 127 f.

<sup>4)</sup> v. Bülow, zur Erläuterung der Landschaftsordnung v. 1820, S. 43.

<sup>5)</sup> Bege, Chron. S. 111. — Bode, a. a. D. S. 71.

quartirung bereitwilligen Bewohnern nur noch freistand, die Vergütung dafür auf die Servicegelder abzurechnen <sup>1)</sup>. Die Umlegung dieser Last geschah ohne festes Princip, bis das landesherrliche Patent vom 15. Juli 1715 die Erhebung regelte und unter ausdrücklicher Mißbilligung des Verfahrens, den Service bloß von den Hausbesitzern einzusammeln, denselben auf Häuser und Nahrung vertheilte <sup>2)</sup>.

Die Häuser wurden nach dem Miethwerthe in 4 Klassen getheilt und zu einem Simplum von beziehungsweise 5 Ggr.; 3 Ggr. 9 Pf.; 2 Ggr. 6 Pf. und 1 Ggr. 6 Pf. monatlich veranlagt. Die Nahrung dagegen — mit Ausnahme des zu einem monatlichen Simplum zu 2 Ggr. 6 Pf. fest angenommenen Brauwesens — zerfiel nach der Ausdehnung und Einträglichkeit des Gewerbebetriebs in 7 Klassen von beziehungsweise 5 Ggr.; 3 Ggr. 6 Pf.; 2 Ggr. 6 Pf.; 1 Ggr. 10 Pf.; 1 Ggr. 3 Pf.; 10 Pf. und 7 Pf. Die Veranlagung zu den Klassen war bei den Häusern feststehend — *certum contributionis* — bei der Nahrung wechselnd — *incertum contributionis* — indem alle Neujahr für jeden Gewerbetreibenden ein neuer Anschlag gemacht wurde. Der Betrag der jährlich auszuschreibenden Simpla richtete sich nach dem muthmaßlichen Bedürfniß, und stieg oder fiel, je nachdem eine größere oder geringere Besatzung in die Stadt gelegt wurde.

Der Service beruhete hiernach auf den drei durch das Patent vom 15. Juli 1715 gewährleisteten Grundsätzen:

a) er ist ein Surrogat der Naturaleinquartirung und reicht nicht weiter, als diese erforderlich ist <sup>3)</sup>;

b) er belastet nicht bloß die Häuser, sondern auch die Nahrung, wie das Patent sagt:

„damit die onera von allen und jedem hiesigen Einwohner mit „gleichen Schultern getragen werden mögen“;

c) nach den ferneren Worten des Patents:

„wie man das Simplum dieser neuen Anlage und folglich eines „jeden Contribuenten Quantum nach den Servicegeldern, wie dieselbe denjenigen, welche das Quartier nicht wirklich genießen,

<sup>1)</sup> Verordnung v. 24. Juni 1653. (Bege, a. a. D. S. 112.) B. v. 1. März 1683. (Bege, a. a. D. S. 129.) Wolterstedt, a. a. D. S. 92.

<sup>2)</sup> Bege, a. a. D. S. 142 ff. 172.

<sup>3)</sup> Bege, Chron. S. 173. Anmerk. 1.

„gereicht werden, proportioniret: Also soll ein jeder an dem ihm gesetzten Geldquanto, soweit er die wirkliche Einquartierung übernimmt, solches nach Proportion zu kürzen befugt sein und ihm dasselbe zu Gute kommen.“

Obgleich diese drei Grundsätze bis zur westphälischen Zeit unverbrüchlich befolgt waren, erlitten sie doch gleich nach derselben folgende die Stadt im höchsten Grade benachtheiligende Verlegungen:

a) Ein höchstes Rescript vom 19. Februar 1816, welches den durch die westphälische Steuerverfassung unterbrochenen Service wieder einführte, bestimmte zugleich, er solle nicht mehr nach Maaßgabe der jedesmal in Wolfenbüttel befindlichen Garnison ausgeschrieben, sondern nach dem vor dem Jahre 1806 erhobenen hohen Betrage zu 1748 Thlr. 16 Ggr. fixirt werden<sup>1)</sup>. Der erste Grundsatz war damit aufgehoben.

b) Der zweite Grundsatz wurde durch dasselbe Rescript verletzt, indem es entweder aus einem Versehen, oder weil die aus der westphälischen Zeit als allgemeine Abgabe beibehaltene Gewerbesteuer die Nahrung bereits erschöpfend in Anspruch nahm<sup>2)</sup>, den Service auch zu dem Theile auf die Häuser legte, welcher früher die Gewerbe belastet und ein Drittel der ganzen Steuer betragen hatte. Auffallenderweise hat diese die Häuser ohne Weiteres um die Hälfte höher besteuernde Veränderung fortgedauert, obgleich nach Herstellung der Zünfte<sup>3)</sup> den Gildegenossen der Stadt die alte Befreiung von der gemeinen Gewerbebesteuerung zurückgegeben<sup>4)</sup> und bis heute erhalten ist<sup>5)</sup>.

c) Der dritte Grundsatz endlich wurde beeinträchtigt, als im Jahre 1830 mit Ausnahme einer meist aus Invaliden bestehenden Veteranen-Compagnie die stehende Garnison mit einem wechselnden, in die Kasernen gelegten, Detaschement vertauscht und dessungeachtet die volle Steuer forterhoben wurde, unbekümmert um das Recht der Einwohner, die Servicegelder durch Naturaleinquartierung abzuverdienen.

<sup>1)</sup> Vergl. Landtagsabschied v. 14. Juli 1823, Art. 12. — (S. 141.)

<sup>2)</sup> B. v. 16. Januar 1814 (S. 43.) und 31. März 1817 §. 6. (S. 5.)

<sup>3)</sup> Gildeordnung v. 21. October 1821. (S. 27 ff.)

<sup>4)</sup> B. v. 29. October 1821, die Gewerbesteuer betr. §. 25. Art. 1. (S. 96.)

<sup>5)</sup> Gewerbesteuergef. v. 4. April 1837. §. 1. a. G. — (S. 162.)

Welche Nachtheile der Stadt aus diesen Veränderungen erwuchsen, läßt sich ermessen, wenn man vergleicht, was im Normaljahre 1805 in Wolfenbüttel an Kriegsvolke lag und was jetzt daselbst liegt.

Im Jahre 1805 und vorher gewöhnlich <sup>1)</sup> bestand die Garnison aus einem activen Bataillon von 4 Compagnien und aus einem Depot von 2 Compagnien. Der Service für die Officiere wurde aus der Kriegscasse, und nur für die Unterofficiere und Gemeinen zu 1646 Thlr. 16 Sgr., für den Commandanten zu 96 Thlr. und für den Thorschließer am Augustthore zu 6 Thlr., insgesammt 1748 Thlr. 16 Sgr. Conv.-M., von der Stadt bezahlt, und zwar dergestalt, daß nur ein geringer Theil baar entrichtet, der bei weitem größere Theil von den Einwohnern durch Naturalquartirung abverdient wurde.

Eine solche Garnison steigerte Wohnungen und Gewerbezeugnisse zu Gunsten der Bewohner im Preise und brachte der Stadt Vortheile, welche die Lasten auf- und überwogen.

Die jetzige Garnison ist ein Detaschement von 3 Officieren, 4 Sergeanten, 4 Korporalen, 3 Spielleuten und 88 Gemeinen, welches monatlich abgelöst wird, und an Service jährlich mit Einschluß des Commandanten höchstens 370 Thlr. kosten würde, auch durch die Casernirung und rasche Ablösung verhindert ist, Hausbesitzern oder Gewerbetreibenden namhaften Nutzen zu bringen. Die bis auf einige gebrechliche Trümmer ausgestorbene Veteranen-Compagnie hat der Stadt gar nur eine Menge hilfsbedürftiger Wittwen und Waisen hinterlassen.

Nachdem durch die erneuerte Landschaftsordnung <sup>1)</sup> ausdrücklich bestimmt ist, daß die Einquartirung eine allgemeine Landeslast sei, welche einzelnen Orten und Personen nicht unverhältnißmäßig aufgelegt werden dürfe, ist das unbillige Verfahren gegen die hiesige Stadt hinsichtlich der Einquartirungsabgaben auch rechtlich nicht mehr zu vertheidigen.

Eine gleiche Bewandniß, wie mit dem Service, hat es

3) mit dem Fouragegelde und

4) mit dem Proviantgelde.

<sup>1)</sup> Gassel und Bege, Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg. Th. I. S. 334. —

<sup>2)</sup> v. J. 1832. S. 51. — (S. 204.)



Beide Abgaben scheinen Ueberbleibsel von ursprünglich über das ganze Land ausgeschriebenen Steuern zu sein.

Zum Unterhalte der bis 1714 über die Dorfschaften vertheilten Reiterei mußte diese Fourage in Natur oder in Gelde (Reiterservice) liefern. Nach mancherlei damit vorgenommenen Veränderungen wurde die Abgabe vermehrt und dieser Aufschlag unter dem Namen des neuen Fouragegeldes mit monatlich 470 Thlr. 22 Ggr. 9 Pf. auf sämtliche Stifter, Klöster, Städte, Aemter, Gerichte und Schriftfassen des Landes veranlagt<sup>1)</sup>. Auch Wolfenbüttel wird damals diese Steuer bekommen haben.

Das Proviantgeld dagegen wurde gezahlt, als im dreißigjährigen Kriege die Anlage eines Kornmagazins erforderlich geworden war<sup>2)</sup>. Das platte Land lieferte den Naturalbedarf, und die Stifter, Klöster und Städte — darunter Wolfenbüttel — bestritten die Baukosten und die Kosten der Verwaltung und Commisbäckerei<sup>3)</sup>.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts waren beide Abgaben in Wolfenbüttel nach dem im Jahre 1715 für den Service aufgestellten Fuße von den Häusern und von der Nahrung aufgebracht<sup>4)</sup>, als sie im Jahre 1816 das Schicksal des Services theilten. Auch sie wurden durch das höchste Rescript vom 19. Februar 1816 in dem vor dem Jahre 1806 gezahlten Betrage, zu bezüglich 70 Thlr. 8 Ggr. und 43 Thlr. 16 Ggr. 9 Pf., fixirt und von der Nahrung ganz auf die Häuser gewälzt.

Auf diese Weise haben die Häuser jetzt an Service, Fourage- und Proviantgeld jährlich 1862 Thlr. 16 Ggr. 9 Pf. aufzubringen<sup>5)</sup>, welches seit dem Jahre 1817 so geschieht, daß nach dem größeren

<sup>1)</sup> Bode, Grundsteuersystem des Herzogthums Braunschweig. S. 72 ff. — v. Bülow, Beiträge u. S. 46 ff.

<sup>2)</sup> Bode, a. a. O. S. 67 ff.

<sup>3)</sup> v. Bülow, a. a. O. S. 48 ff.

<sup>4)</sup> Bege, Chron. S. 174.

<sup>5)</sup> Das Gef. v. 7. Mai 1835. §. 2. (S. 498), welches die bisher in Conv. M. gezahlten Summen mit dem gesetzlichen Aufgelde in Courant unzurechnete, ist aufgehoben durch den Landtagsabschied v. 2. August 1837, Art. 4. (S. 441), so daß seit dem 1. Juli 1837 jene Summen in Courant entrichtet werden.

oder geringeren Gelasse für Einquartirung 8 Klassen gemacht sind, zu monatlich:

I. Klasse	—	Thlr.	2	Ggr.	8	Pf.
II.	"	"	5	"	4	"
III.	"	"	8	"	—	"
IV.	"	"	10	"	—	"
V.	"	"	13	"	4	"
VI.	"	"	16	"	—	"
VII.	"	"	21	"	4	"
VIII.	"	1	2	"	8	"

Durch diese Beiträge kommen jährlich etwa 2284 Thlr. auf, welche zuvörderst zur Abtragung der erwähnten Staatsabgaben verwandt und dem Ueberschusse nach in der Kammereicasse verrechnet werden.

Nach der im Vorstehenden gegebenen Darstellung bestehen jetzt folgende der Stadt Wolfenbüttel eigenthümliche Staatsabgaben, welche nach der letzten allgemeinen Veränderung seit dem 1. Januar 1842 im Durchschnitt jährlich die beigefügten nach Thalern abgerundeten Summen eingebracht haben:

#### I. Verbrauchsabgaben:

1. Thoraccise	3282	Thlr.
2. Mahlaccise	6222	"
3. Schlachtaccise	4884	"
Summa . . . . .	14,388	Thlr.

#### II. Verkehrsabgabe:

Brückengeld	1148	Thlr.
Summa per se . . . . .	1148	Thlr.

#### III. für Anstalten:

1. Waage- und Pfundgeld	74	Thlr.
2. Niederlagegeld	3	"
Summa . . . . .	77	Thlr.

#### IV. Grundabgaben:

1. Service	1748	Thlr.
	<u>Latus 15,613</u>	Thlr.

		Trspt. 15,613 Thlr.
2. Fouragegeld	70	"
3. Proviantgeld	43	"
Summa . . . . .		1861 Thlr.
Summa summarum . . . . .		17,474 Thlr.

Davon ist abzuziehen,  
was der Kämmerer-  
casse an Entschädi-  
gung gezahlt wird

1. für Stein- oder Pflastergeld	500	Thlr.
2. für Waage- und Pfundgeld	50	"
Summa . . . . .		550 Thlr.
bleibt wirkliche Staatssteuer . . . . .		16,924 Thlr.

## §. 2.

Ueber diese Besteuerung hat sich die Stadt Wolfenbüttel in doppelter Hinsicht zu beklagen; sowohl

- A. wegen der eigenthümlichen Art und Weise, als auch
- B. wegen der Höhe derselben.

A. Die Nachtheile, welche das eigenthümliche Steuersystem über Wolfenbüttel gebracht hat, finden ihren Grund theils

I. überhaupt schon darin, daß es von dem gemeinen Landes-  
Steuersysteme abweicht, theils

II. insbesondere darin, daß es vornehmlich in indirecten Abgaben besteht.

I. Die Verschiedenheit zwischen dem städtischen und dem gemeinen Steuersysteme ist Wolfenbüttel in folgenden Beziehungen schädlich gewesen:

1. Das gemeine Steuersystem zerfällt formell in die beiden Steuergattungen der Contribution und der Schätzung. Beide Gattungen besteuern indeß im Ganzen dieselben Gegenstände, namentlich die Grundstücke, die Gewerbe und die Handarbeit. So veranlagte der Contributionsfuß vom Jahre 1683 in den ersten 9 Abschnitten die Grundstücke (Weiden mittelst des Viehes), in den folgenden beiden Abschnitten Nahrung und Gewerbe, im 12ten und letzten Ab-

schnitte (Häuslinge) die auf die Handarbeit beschränkten Personen <sup>1)</sup>. Ebenso enthält die Schatzordnung von 1719 unter der Rubrik „Landschatz“ eine Grund-, Gewerbe- und Personalsteuer <sup>2)</sup>.

In der westphälischen Zeit wurden die beiden formell verschiedenen Gattungen (Contribution und Landschatz) aufgehoben, und nach den Gegenständen der Besteuerung drei materiell verschiedene Steuern eingeführt, die Grund-, Gewerbe- (Patent-) und Personalsteuer.

Nach der Rückkehr der rechtmäßigen Regierung behielt man Anfangs diese drei westphälischen Steuern bei <sup>3)</sup>, verhiess aber deren Abschaffung, welche indeß später nur theilweise erfolgte.

Im Jahre 1817 hob man die Grundsteuer auf und nahm die altbraunschweigischen Abgaben (Contribution und Landschatz), soweit sie die Grundrente besteuerten, wieder an <sup>4)</sup>. Die westphälische Gewerbe- und Personalsteuer ließ man noch bestehen <sup>5)</sup>, fügte aber ebendeshalb ausdrücklich hinzu <sup>6)</sup>, daß diejenigen Abschnitte der Contributions- (und Landschatz-) Verfassung, welche eine Nahrungs- und Personensteuer enthielten, fortwährend außer Übung bleiben sollten.

Von dem 1. Januar 1822 an wurde darauf, nach Wiederherstellung der Gildeverfassung <sup>7)</sup> für die Gildegenossen, die westphälische Gewerbebesteuerung abgeschafft <sup>8)</sup> und die Contribution (nebst dem Landschatz) von der Nahrung und den Handwerken an deren Stelle wieder eingeführt <sup>9)</sup> mit dem wiederholten Bemerken, daß der 12. Abschnitt des Contributionsfußes, weil er eine außerdem schon vorhandene Personensteuer enthalte, von der Wiederherstellung ausgeschlossen sei <sup>10)</sup>. Endlich ist man zwar im Jahre 1837 allgemein zur Gewerbebesteuerung

<sup>1)</sup> Bode, Grundsteuern etc. S. 130 ff.

<sup>2)</sup> Bode, a. a. D. S. 106 ff.

<sup>3)</sup> B. v. 16. Januar 1814. (S. 43.)

<sup>4)</sup> B. v. 31. März 1817. (S. 1.) Landtagsabschied vom 11. Juli 1823, Art. 10 und 11. (S. 140 f.)

<sup>5)</sup> B. v. 31. März 1817. §. 6. (S. 5.)

<sup>6)</sup> a. a. D. §. 7. (S. 5.)

<sup>7)</sup> Gildeordnung vom 29. October 1821. (S. 27 ff.)

<sup>8)</sup> B. die Gewerbebesteuerung betr. v. 29. October 1821. §. 23. Nr. 1. (S. 96.)

<sup>9)</sup> B. v. 7. Februar 1822. (S. 1.)

<sup>10)</sup> a. a. D. §. 3. (S. 2.)

zurückgekehrt, hat aber zu gleicher Zeit die Contribution und den Land-  
schaz von der Nahrung aufgegeben <sup>1)</sup>).

Von dem alten Steuersysteme der Contribution und des Land-  
schazes besteht also jetzt nur noch derjenige Theil, welcher die Grund-  
stücke betrifft, die anderen beiden Theile, welche Gewerbe und Hand-  
arbeit belasteten, haben einer eigenen Gewerbe <sup>2)</sup> und Personalsteuer <sup>3)</sup>  
Plaz gemacht, immer aber ist der Grundsatz befolgt, Grundstücke,  
Gewerbe und Personen nicht zweifach zu besteuern.

Entgegengesetzt ist man in den indirect besteuerten Städten ver-  
fahren.

In Wolfenbüttel wurde — wie das landesherrliche Rescript vom  
4. Juli 1695 ausdrücklich sagt — die Accise statt der Contri-  
bution gegeben, welche nach dem Fuße von 1683 Häuser, Gewerbe  
und Personen (Häuslinge) besteuert hatte. Die Accise vertrat daher  
eine Grund-, Gewerbe- und Personensteuer.

Das wurde in aller Hinsicht zur Benachtheiligung der Stadt ver-  
kannt. Denn

a) Die Häuser waren schon vor der westphälischen Zeit durch  
den Service zu einer doppelten Besteuerung gezogen, und blieben An-  
fangs nach der westphälischen Zeit der von daher beibehaltenen Grund-  
steuer unterworfen <sup>4)</sup>, obwohl auch die Accise sofort wieder eingeführt  
war <sup>5)</sup>. Im Jahre 1817 wurden sie zwar von der westphälischen  
Grundsteuer befreiet <sup>6)</sup>, aber dafür waren sie inzwischen im Jahre  
1816 wieder mit dem Service belastet, welcher durch den früher auf  
der Nahrung gelegenen Theil vermehrt war.

b) Die Gewerbe waren gleichfalls schon vor der westphälischen  
Zeit mit einem Drittel des Services belastet, und wurden nach der-

<sup>1)</sup> Gef. v. 4. April 1837. §. 1. (S. 162.)

<sup>2)</sup> a. a. D.

<sup>3)</sup> B. v. 29. October 1821, Personalsteuer betr. (S. 133.) — Gef. v. 17.  
Juli 1837. (S. 329.) — Landtagsabschied v. 11. Juli 1823, Art. 13. und 14.  
(S. 141.)

<sup>4)</sup> B. v. 16. Januar 1814. (S. 43.) —

<sup>5)</sup> B. v. 16. Januar 1814. (S. 43.) B. v. 21. Juli 1814. §. 1. und 2.  
(S. 300.) B. v. 28. April 1815. (S. 29.)

<sup>6)</sup> B. v. 31. März 1817. §. 2. (S. 3.)

selben zwar davon entledigt, aber dafür neben der Accise der fort-dauernden westphälischen Gewerbesteuer unterworfen, bis nach der Wiederherstellung der Zünfte diesen die Last abgenommen und nur der unzüchtige Gewerbetrieb fernerweit besteuert wurde <sup>1)</sup>.

Um die Gewerbesteuer der unzüchtigen Nahrung zu jährlich 1250 Thlr. im Durchschnitt ist also die Stadt noch doppelt belastet.

c) Die Personen waren vor der westphälischen Zeit frei von Abgaben. Seit 1815 wurde aber neben der Accise auch die allgemeine Personensteuer forterhoben <sup>2)</sup> und die Belastung der Handarbeit verdoppelt, welche durch die auf Brot, Fleisch, Feuerung, Salz, Branntwein, Bier gelegten hohen Abgaben ohne dies schon so hart gedrückt ist.

Wäre die Stadt direct besteuert gewesen, sie würde dieser Verdoppelung der Grund-, Gewerbe- und Personensteuer eben so gut entgangen sein, als das platte Land und die Landstädte. Wegen der indirecten Besteuerung aber war es möglich, den Irrthum zu verbreiten und sogar in die Gesetze aufzunehmen <sup>3)</sup>, als ob die Accise lediglich die Grundabgaben verträte, und der Service eine besondere dahin nicht gehörige Auflage wäre.

Sollte auf dem Irrthume fortgebauet werden, so werden bald auch die Gildeoffen der Stadt mit der Gewerbesteuer beladen und dadurch der letzten schwachen Schutzwehr gegen die übermächtig an- dringende Concurrenz des flachen Landes beraubt sein.

2) Die alte Contribution in ihrer Eigenschaft als Grundabgabe war nur auf die Häuser der Stadt gelegt. Denn sowohl die Fläche, auf welcher die Häuser standen, als auch das zu den Häusern benutzte Garten- und Ackerland war den Bewohnern als öffentlicher oder Domanalgrund — des grauen Vorwerks und rothen Hofes — gegen beträchtliche Pfahl- und Erbenzinse steuerfrei eingethan <sup>4)</sup>, und diese gegen Entgelt erworbene Steuerfreiheit hatte den Besitzern

<sup>1)</sup> B. die Gewerbesteuer betr. v. 29. October 1821. §. 25. Nr. 1. (S. 96.)  
Gef. v. 4. April 1837. §. 1. (S. 162.)

<sup>2)</sup> B. v. 16. Januar 1814 (S. 43.) und v. 29. October 1821. (S. 135.)  
Gef. v. 17. Mai 1837. (S. 329 ff.)

<sup>3)</sup> Gef. v. 11. Mai 1838 pr. (S. 463.) —

<sup>4)</sup> B. v. 21. April 1571. (im Anhang zur dritten Sammlung der fürstlichen Constitutionen v. J. 1738, S. 20 ff.) — Heinrichsdörfsche Stat. Art. 12. — Lan-

nicht füglich ohne Entschädigung entzogen werden können. Desungeachtet wurde nach Einführung der Accise sofort die ganze Grundfläche der Häuser, und allmählich auch von dem zur Stadt erworbenen Domaniallande diejenige größere Hälfte, welche als Gärten cultivirt war, ohne Weiteres unter die Accise gezogen. Dieser Umstand gab dem schon gerügten Irrthume Nahrung, daß die Accise statt der der Stadt sonst von der Grundfläche und der Länderei obliegenden Grundabgaben gezahlt werde <sup>1)</sup>, und hatte die weitere Folge, daß man die Besitzer der unter die Accise gezogenen Grundstücke von der Vergütung ausschloß, welche allen Inhabern steuerfreier Grundstücke für die Aufhebung der Steuerfreiheit im Jahre 1821 bewilligt wurde <sup>2)</sup>.

Auch von diesem Nachtheile würde Wolsenbüttel verschont worden sein, wären die gemeinen Steuern daselbst in Uebung geblieben.

3. Die Contribution in ihrer Eigenschaft als Grundsteuer ist seit 1683 unverändert gelassen, ja sogar durch ihre Herabsetzung von Conventions-Münze auf Courantgeld verringert <sup>3)</sup>. Sie verschlang — wie in Anlage D näher ausgeführt ist — nach ihrer ersten Anlage ungefähr  $\frac{1}{5}$  des Roh- oder  $\frac{1}{3}$  des Reinertrags, sank aber im Laufe der Jahre in demselben Grade, in welchem der Werth des Geldes sich verminderte und die Grundrente durch erhöhte Cultur stieg, so daß schon das westphälische Decret vom 8. Januar 1808 behuf Aufhebung der bestehenden Grundsteuerfreiheiten annehmen konnte, die Contribution nebst verwandten Steuern verzehre nur  $\frac{1}{8}$  des Reinertrags. Seitdem sind wieder 40 Jahre verflossen, in welchen die Cultur gestiegen, die Reallasten abgelöst und die Weiden vertheilt

deßherl. B. v. 24. Jan. 1696, erneuert am 4. Aug. 1734 (Frederadorff, Prompt. Th. I. S. 229). Bege, Chronik. S. 131. 177. Nach der B. v. 26. Juni 1583 sollte Jedem, welcher in der Stadt „ein Haus bauen wollte“, ein Platz zu Haus, Hof und Garten zu ziemlichen Preisen angewiesen und die Summe mit 4 Procent Zinsen angesetzt werden. Uebrigens sollte er von Steuern frei sein. — (Bege, Gesch. S. 22.) — Ueber Pfahlguts vergl. Bege, Chron. S. 71 und Lang, hister. Entwicklung der deutschen Steuerfassungen, S. 133.

<sup>1)</sup> Gef. v. 11. Mai 1835. — (S. 463).

<sup>2)</sup> B. die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr. v. 29. Octbr. 1821. §. 3. — (S. 159) — v. Bülow, Beiträge, S. 44 ff.

<sup>3)</sup> Landtagsabschied v. 2. Aug. 1837, Art. 4. (S. 241) vergl. mit dem Gef. v. 7. Mai 1835. §. 4 (S. 499).

sind ohne Vermehrung der geringen Steuer, welche früher in Betreff der letzteren vom Viehe bezahlt wurde <sup>1)</sup>. Schwerlich dürfte daher gegenwärtig die Contribution im Allgemeinen  $\frac{1}{9}$  des Reinertrags übersteigen.

Dem Erfolge nach ist also die Grundbesteuerung auf  $\frac{1}{3}$  des ursprünglichen Betrags herabgesunken, während die Stadtaccise umgekehrt ungefähr eben so viel erhöht worden ist.

4) Zu einiger Ausgleichung dieses Mißverhältnisses war im Jahre 1815 für das platte Land und die Landstädte bei mehreren Gegenständen eine Verbrauchssteuer aus der westphälischen Zeit herübergenommen <sup>2)</sup> und im Jahre 1828 in diesem und jenem Punkte erhöht worden <sup>3)</sup>. Als im Jahre 1834 der Steuerverein geschlossen und in Folge dessen auf die Erzeugnisse des gemeinsamen Auslands ein größerer Grenzeingangszoll gesetzt war, wurde zum Ersatz für die dadurch herbeigeführte Steuervermehrung die Landaccise aufgehoben <sup>4)</sup>, die Stadtaccise hingegen zwar im Einzelnen verändert, aber im Ganzen nichts weniger als herabgesetzt <sup>5)</sup>. Die direct besteuerten Landestheile genossen also wiederum eine erhebliche Begünstigung, bei welcher die indirect besteuerte Stadt leer ausging.

II. Die indirecte Besteuerung hat aber der Stadt auch kraft ihres eignen Wesens mancherlei Nachtheile gebracht.

Mag die Theorie streiten, ob im Allgemeinen directe oder indirecte Besteuerung den Vorzug verdiene; in Bezug auf kleinere Städte, wozu Wolfenbüttel zu rechnen ist, hat die Praxis den Streit längst entschieden. Die vielen Anträge der Preussischen Provinzialstände auf Einführung der Klassensteuer statt der Mahl- und Schlachtaccise beweisen das zur Genüge. Freilich haben die kürzlich veröffentlichten Landtagsabschiede die Bitten meist versagt, aber rein aus fisciatischen

<sup>1)</sup> Neue Gemeinheitstheilungsordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 177 (B. S. Jahrgang 1835, S. 57.) — Da nach Hassel und Bege a. a. O. Th. I. S. 24 das Herzogthum 542,000 Morgen Acker und Getreideland, dagegen 446,000 Morgen Wiesen, Weiden und Aecker hat, so läßt sich ermessen, wie groß der Einfluß der Weidetheilungen ist.

<sup>2)</sup> B. v. 28. April 1815. §. 2. (Tarif S. 43.)

<sup>3)</sup> B. v. 10. März 1828. §. 1. (Tarif S. 85.)

<sup>4)</sup> Steuervereinsvertrag v. 1. Mai 1834. Art. 5 und 6. (B. S. Jahrgang 1835, S. 174 ff.)

<sup>5)</sup> Gef. v. 11. Mai 1835. (S. 463. Tarif S. 482 ff.)



Gründen, weil die Staatskassen einen Ausfall erleiden würden, der sich durch directe Besteuerung nicht ersetzen lasse.

Schwerlich dürfte die Fortdauer der Accise in Wolfenbüttel auf anderen Gründen beruhen, obgleich diese Vertheidigung der anerkannt <sup>1)</sup> „lästigen und gehässigen“ Consumtionssteuer, weil sie die Ueberlastung eines Landestheils zum Vortheil des andern mit sich bringt, landesgrundgesetzlich für unstatthaft erklärt ist <sup>2)</sup>. Gerade bei Wolfenbüttel treten ganz besondere Ursachen ins Spiel, warum die Accise, namentlich in der jetzt bestehenden Weise, nachtheilig wirkt. Ohne den Gegenstand erschöpfen zu wollen, soll nur auf folgende Punkte aufmerksam gemacht werden:

1) Die Accise wälzt einen unverhältnißmäßigen Druck auf die Ärmern, weil sie gerade die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse betrifft, Brot, Fleisch, Feuerung und — im Sinne der Armen gesprochen — auch Branntwein; während Gegenstände, welche an sich unter die Accise fallen würden, aber für den Armen weniger käuflich sind, wie Federvieh und Wildpret, Accisebefreiung genießen <sup>3)</sup>. Der Druck wird um so härter, weil Branntwein außerdem einer beträchtlichen Fabricationsabgabe unterliegt <sup>4)</sup> und auch Salz und Bier durch hohe Steuern vertheuert sind <sup>5)</sup>.

2) Wolfenbüttel treibt keinen Ackerbau und kann deshalb auch Branntweinbrennerei nicht mit Nutzen betreiben, vielmehr allen Branntweinbedarf nur unter Accise von Außen beziehen, und die Accise nicht einmal als Schutzsteuer für städtische Brennerei benutzen.

3) Das Rästen des Viehes, namentlich der Schweine — für die ärmere Klasse wegen der vortheilhaften Benutzung des sonst werthlosen Haushaltsabfalls so sehr nothwendig — wird übermäßig erschwert. Denn da Wolfenbüttel keine Geldmark hat, so ist nicht nur alles Korn

<sup>1)</sup> B. v. 21. Jul. 1814 im Eingange. — (S. 300).

<sup>2)</sup> Landschaftliche Privileg. v. 1710, Art. 15, und v. 1770, Art. 27. (Steinacker, Organisationsgesetze, S. 531 und 597.) — Erneuerte Landschaftsordnung v. 1832. §. 39. — (S. 201). —

<sup>3)</sup> Gef. v. 21. Decbr. 1841. Tarif der Theraccise, Nr. 4. (S. 464.)

<sup>4)</sup> Gesetz wegen Erhebung der Branntweinsteuer. (B. S. Jahrgang 1841, S. 264 ff.)

<sup>5)</sup> Gef. v. 21. Decbr. 1841, Nr. 33. (S. 411.) — Gef. wegen der Bestimmung des Braumalzes. (B. S. Jahrgang 1841, S. 290.) —

und Viehfutter zu kaufen und dem Landmann die Grundsteuer, welche er auf die Waare schlägt, zu ersetzen, sondern auch Streu und Viehfutter als Fourage oder als Schrot zu veraccisen, und endlich noch die Schlachtaccise zu berichtigen. In richtiger Würdigung dieses Besteuerungsübermaaßes war früher das mit veraccisetem Schrote gemästete Schwein von der Schlachtaccise befreit <sup>1)</sup>).

4. Auf "den Handel und die Gewerbe der Stadt hat die jetzige Accise den nachtheiligsten Einfluß. Von der früheren Regel, daß Handel und Gewerbe auf dem Lande nicht Statt finden sollten <sup>2)</sup>, werden immer mehr Ausnahmen gemacht. Das Gesetz, daß Land-Krämer ihre Waaren aus der Stadt nehmen müssen <sup>3)</sup>, wird nicht mehr beachtet, und an Handwerkern mehr, als nach der Gildordnung erlaubt ist <sup>4)</sup>, auf dem Lande concessionirt. Bis 1842 waren gerade solche Gewerbezeugnisse, bei denen die ländliche Concurrenz am meisten zu besorgen war, wie Böttcher-, Korbmacher-, Drechsler-, Tischlerwaaren, gegerbtes Leder, Seife, Löffel- und Schuhmacherarbeit <sup>5)</sup> mit einer mäßigen Eingangsassise belegt, welche für die städtischen Handwerker dieser Art eine wohlthätige Schutzsteuer bildete; jetzt sind diese Ansätze weggefallen, und die Handwerker der Stadt der Concurrenz des Landes bloßgestellt, mit welcher ihnen wegen des durch die Accise vertheuerten Preises der Lebensbedürfnisse kein erfolgreicher Wettstreit möglich ist. Die jetzige ausschließlich Rohproducte betreffende Acciseanlage gewährt nur Bäckern und Fleischern und einigen wenigen Fabrikzweigen, z. B. der Stärkesabrication, einigen Schutz, hindert dagegen, accisepflichtige Gegenstände auf das Land abzusetzen und einen Theil der Last zu überwälzen.

5. Endlich wurden durch directe Besteuerung die erheblichen Kosten der Erhebung zu jährlich etwa 2450 Thlr. oder zu  $\frac{1}{6}$  der ganzen Einnahme von den indirecten Steuern gespart werden.

<sup>1)</sup> B. v. 7. Decbr. 1702. (Bege, Chron. S. 132.)

<sup>2)</sup> Landschäffl. Privileg. v. 1710, Art. 115, v. 1770, Art. 78. — Schatzordn. v. 1719, §. 2. — Landesherrl. Refer. v. 27. Novbr. 1722. Landtagsabschied v. 1770, Art. 64. (Friedersdorff, a. a. D. Th. I. S. 312 ff.) Vergl. v. Liebhaf, Einleitung in das Herzogl. Braunsch. Landrecht. Th. I. S. 249. —

<sup>3)</sup> B. v. 20. Jan. 1783. (Friedersdorff, a. a. D. Th. IV. S. 38.)

<sup>4)</sup> Gildordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 17. — (S. 36.)

<sup>5)</sup> Tarif der Thoraccise v. 1835. — Ges. v. 29. Juni 1837 (S. 319).

## §. 3.

B. Die Höhe der Besteuerung bildet einen ferneren Beschwerdepunkt.

Die Stadt Wolfenbüttel ist überzeugt, daß sie im Vergleich zu den übrigen Landestheilen mindestens um die Hälfte überseht ist. Um diese Ueberzeugung nach allen Seiten zu begründen, soll untersucht werden, was Wolfenbüttel nach seinen Steuerkräften an Abgaben zu bezahlen haben würde, wenn es

I. den gemeinen Landessteuern unterworfen wäre; oder wenn

II. das indirecte Steuersystem in demselben Maße, wie in Braunschweig, auf die hiesige Stadt angewandt würde.

I. Als gemeine Landessteuern sind zu betrachten die Grundsteuern (Contribution und Landschaz), die Gewerbesteuer nach dem Gesetze vom 4. April 1837, und die Personalsteuer nach der Verordnung vom 29. October 1821 und dem Gesetze vom 17. Juli 1837.

Von diesen Steuern wird die Personalsteuer vollständig, die Gewerbesteuer theilweise und nur die Grundsteuer gar nicht in Wolfenbüttel erhoben. Es ist also nur die Frage: was ist der Stadt erlassen

A. an Gewerbesteuer und

B. an Grundsteuer?

A. Alle unzüngtig betriebenen Gewerbe der Stadt sind zur Gewerbesteuer veranlagt und zahlen jährlich an solcher im Durchschnitt 1250 Thlr. Nur die Gildegenossen sind gewerbesteuerfrei<sup>1)</sup>. Den Angaben sachkundiger Personen zufolge hat die Stadt — ausschließlich der in Betreff der Gewerbesteuer besonders begünstigten Weber<sup>2)</sup> — ungefähr 320 Gildegenossen, von denen Gewerbesteuer zahlen müßten<sup>3)</sup>:

8	in Klasse I	zu 8 Thlr.	=	64 Thlr.
12	" "	II " 5 "	=	60 "
50	" "	III " 4 "	=	200 "
150	" "	IV " 2 "	=	300 "
100	" "	V " 1 "	=	100 "
320		Summa:		724 Thlr.

<sup>1)</sup> Ges. die Gewerbesteuer betr. v. 4. April 1837. §. 1. (S. 162.) Ges. v. 17. Juli 1837, die Personalsteuer betr. §. 1. a. E. (S. 330.)

<sup>2)</sup> Ges. v. 4. April 1837. §. 16. Nr. 10. (S. 169.) Tarif der Gewerbesteuer. (S. 209.)

<sup>3)</sup> a. a. D. Tarif der Gewerbest. S. 189.

Nimmt man außerdem auf die Weber Rücksicht, so darf man den Betrag der erlassenen Gewerbesteuer höchstens etwa auf 800 Thlr. veranschlagen.

Schwieriger ist

B. Die erlassene Grundsteuer zu schätzen, obgleich es gewiß ist, daß die Stadt 960 — 970 Häuser und etwa 1100 Morgen Länderei besitzt, von welcher sie zur Zeit der Veranlagung der westphälischen Grundsteuer 574 Morgen zu Gärten und 414 Morgen zu Acker und Wiesen cultivirte, und das übrige namentlich auf der Fläche der inzwischen abgetragenen Wälle neu erworben hat. Um hier zu einem möglichst sichern Ergebniß zu gelangen, soll die Veranlagung auf dreifache Weise, nämlich nach einem allgemeinen Fuße, nach dem Fuße des flachen Landes und nach dem Fuße der Landstädte versucht werden.

1. Um einen allgemeinen Maaßstab anzulegen, ist

a) von den Häusern der Stadt der jährliche Reinertrag zu ermitteln. Zu diesem Zwecke stehen als Mittel zu Gebote die Schätzung, welche im Jahre 1812 zur Veranlagung der westphälischen Grundsteuer gemacht ist, eine im Jahre 1839 neu aufgenommene Schätzung des hiesigen Magistrats und die Berechnung nach der Feuerversicherungssumme.

Die westphälische Schätzung des Reinertrags der Privathäuser beträgt 12,675 Thlr. Offenbar ist sie zu gering, was sich daraus erklärt, daß jener Zeit der Grundbesitz wegen der darauf gelegten außerordentlichen Kriegslasten überhaupt wenig abwarf und daß die Steuer zu  $\frac{1}{3}$  des Reinertrags angelegt war, also sehr hoch kam <sup>1)</sup>, wenn die Schätzung nicht äußerst milde ausfiel.

Richtiger hat jedenfalls die ohne solche Nebenumstände im Jahre 1839 vorgenommene Abschätzung den Reinertrag der Privathäuser zu 25,350 Thlr., also zu dem Doppelten der ersteren Schätzung angegeben. Indes nach dem Feuerversicherungscapitale scheint selbst diese Summe noch zu niedrig zu sein.

---

<sup>1)</sup> Die westphälische Grundsteuer zu  $\frac{1}{3}$  des Reinertrags ahmte die französische durch das Gef. v. 1. December 1790 eingeführte nach, welche deshalb nicht so hoch erschien, weil sie zugleich die aufgehobenen Grundgefälle ersetzte. (Bosse a. a. D. S. 384 ff.)

Am 1. Januar 1844 waren in der Landesversicherungsanstalt für Häuser der Stadt 1,523,000 Thlr. versichert. Mögen nun auch einige Gebäude auswärtig oder gar nicht versichert gewesen sein, so wird doch das Versicherungscapital im Ganzen 1,550,000 Thlr. nicht übersteigen. Da nach der westphälischen Schätzung  $\frac{2}{19}$  des ganzen Reinertrags von öffentlichen und kirchlichen Häusern auffam, und sich seitdem die Zahl der öffentlichen Gebäude in der hiesigen Stadt sehr vermehrt hat, so darf  $\frac{1}{8}$  jener Summe für steuerfreie Gebäude abgerechnet und 1,368,750 Thlr. als das Versicherungscapital der steuerbaren Privathäuser angesehen werden, welches zu 3% jährlich 41,062 $\frac{1}{2}$  Thlr. Zinsen tragen würde. Dürfte man nun dieser Zinssumme den Reinertrag der Häuser gleichachten, so wäre sie das Steuercapital, welches zum achten Theile die jährliche Steuer zu 5132 Thln. abgeben würde.

Offenbar ist aber das Ergebniß dieser Berechnung zu hoch. Jedes der 970 Häuser müßte jährlich über 43 Thlr. netto abwerfen und 5 Thlr. 12 Gr. Steuern geben, was auf den ersten Anblick übertrieben erscheint und von den beiden obigen Schätzungen zu sehr abweicht, um richtig sein zu können. Es ist daher zu berücksichtigen, daß die Häuser nach ihrem Bauwerthe versichert zu werden pflegen<sup>1)</sup>, hinter welchem der Mieth- und Kaufwerth namentlich in hiesiger Stadt weit zurücksteht, so daß die Baukosten eines Hauses nicht über 2% verzinst werden dürften. Zwei vom Hundert des Versicherungscapitals oder 27,375 Thlr. scheint daher die dem reinen Miethwerthe der hiesigen Häuser entsprechende Summe und  $\frac{1}{8}$  dieser Summe, oder 3422 Thlr. der angemessene Betrag der jährlichen Häusersteuer zu sein<sup>2)</sup>, während die westphälische Steuer, nach Absatz der Staats- und Kirchenhäuser zu 970 fr., nur 9400 fr. oder etwa 2500 Thlr. betrug, und  $\frac{1}{8}$  der späteren Schätzung des Miethwerths 3169 Thlr. betragen würde.

b. Das Garten-, Acker- und Wiesenland kann im Durchschnitt höchstens der Morgen zu 8 Thlr. jährlicher Rottopacht ausgebracht werden. Der Reinertrag der vor Wolfenbüttel liegenden 1100 Morgen

<sup>1)</sup> Ges. die Landesbrandversicherungsanstalt betr. v. 24. Juli 1837. §. 9. (S. 411.) Vergl. Fredericksdorff, Prompt. Th. III. S. 13.

<sup>2)</sup> s. Anlage E.

würde also zu 8800 Thlr. anzunehmen sein und  $\frac{1}{8}$  oder 1100 Thlr. als Grundsteuer höchstens im Jahre bezahlen können.

Die Stadt würde nach diesen Anschlägen jährlich aufzubringen haben:

Gewerbsteuer	2050 Thlr.
Grundsteuer	
von den Häusern	3422 Thlr.
vom Lande	1100 "
Summa . . . . .	4522 Thlr.
Summa summarum . . . . .	6572 Thlr.

2. Nach dem Fuße des flachen Landes ist die Veranlagung

a) der Häuser

sehr schwierig. Auf dem Lande sind nämlich die Wohnhäuser, einschließlich der Wirtschaftsgelände, des Hofes und der beim Hause belegenen Gärten, nach ihrer landwirthschaftlichen Bedeutung classificirt<sup>1)</sup> und am höchsten in den Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Quartieren besteuert<sup>2)</sup>, nämlich — wie in Anlage F. genauer berechnet ist — jährlich:

I. Ackerhöfe zu	10 Thlr.	9 Gr.	9 Pf.
II. Halbspänner oder Groß-			
fothhöfe	6 "	22 "	6 "
III. Kleinfothhöfe	5 "	— "	4 $\frac{1}{2}$ "
IV. Brinkfegerhäuser	4 "	3 "	2 $\frac{3}{4}$ "

Die Häuser in der Stadt können höchstens den Brinkfegerhäusern verglichen werden, weil sie weder Nebengebäude, noch Hof und Garten zu haben pflegen, oder wenn sie Gärten haben, diese als Ackerland besonders veranschlagt worden sind. Nach dem Fuße der Brinkfegerhäuser aber würde die Stadt an jährlicher Häusersteuer zahlen müssen 4010 Thlr. 8 Gr. 6 $\frac{1}{2}$  Pf.

b) Das arthbare Land würde nach dem Contributionsfuße von 1683 in die Schürze des zehnt- und dienstfreien Erbenzinslandes, und

<sup>1)</sup> Fuß der Contribution v. 1683 und Schapordnung v. 1719 sub. tit. Land-  
schaf.

<sup>2)</sup> Fuß der Contribution v. 1683. Abschn. I.

— sehr hoch angesetzt — in die erste Klasse gehören, also — wie in Anlage G. berechnet ist — an Contribution und Landschaz der Morgen jährlich 18 Ggr. 10 Pf. und 1100 Morgen 863 Thlr. 13 Ggr. zu steuern haben.

Nach dem Fuße des flachen Landes wäre mithin die Stadt zu veranlagern:

Gewerbesteuer	2050 Thlr.
Grundsteuer von Häusern	4010 Thlr.
"      vom Lande	863 " "
Summa . . . . .	4873 " "
Summa summarum . . . . .	6923 Thlr.

Dieser Fuß gewährt augenscheinlich, namentlich für die Besteuerung der Häuser, nur eine entferntere Analogie, als

3. der Fuß der 8 Landstädte Fürstlich Wolfenbüttelschen Theils.

Die Landstädte bezahlen an Grundsteuern Contribution und als verglichene Pauschsumme für den Landschaz die sogenannte Stadttare <sup>1)</sup>. Die Contribution wird nach einem hergebrachten Fuße erhoben, welcher von dem Fuße des platten Landes abweicht und in jeder der 8 Städte verschieden ist <sup>2)</sup>. Für die Stadttare fehlte ebenfalls ein gleichförmiger Erhebungsfuß, bis sie im Jahre 1840 auf Contributionssumpla reducirt wurde <sup>3)</sup>. Seitdem ist auch die Zahl der jährlich in den einzelnen Städten aufzubringenden Contributionssumpla verschieden geworden, weil die Vertheilung der Stadttare auf die einzelnen Städte mit derjenigen der Contribution nicht übereinstimmte <sup>4)</sup>. Eine Veranlagung der Stadt Wolfenbüttel nach Analogie der Landstädte setzt deshalb voraus, daß nicht bloß der entsprechende Contributionsfuß angewandt, sondern auch die entsprechende Anzahl von Simplis berechnet wird. Beides ist in der nachstehenden Tabelle geschehen, zu deren Erläuterung nur beigefügt zu werden braucht:

<sup>1)</sup> Bode, a. a. D. S. 47.

<sup>2)</sup> Bode, a. a. D. S. 170.

<sup>3)</sup> Gef. v. 13. Mai 1844, die Erhebung der Stadttare betr. (S. 29.)

<sup>4)</sup> H. Gef. §. 2. — Zur Erläuterung vergleiche Anlage H. —

a. Für Gärten besteht nur in Schöningen ein auch den höchsten Satz für Ackerland übersteigender Fuß. Nur in der Veranlagung nach dem Schöninger Fuße ist daher das Gartenland der hiesigen Stadt von dem Acker gesondert worden.

b. Für Acker- und Gartenland ist allenthalben der höchstmögliche, für die Häuser aber der durchschnittliche Fuß gewählt <sup>1)</sup>. Es leitete dabei der ohne Zweifel richtige Gedanke, daß Aecker und Gärten in der Nähe Wolfenbüttels im Allgemeinen einträglicher zu nutzen und deshalb steuerfähiger sein werden, als bei den andern kleineren Städten; daß aber bei den Häusern das gleiche Verhältniß nicht Statt findet, weil in den Ackerbau treibenden Landstädten in dem Hause zugleich die Zubehörungen an wirthschaftlichen Nebengebäuden, Hof und Gärten versteuert werden, welche in Wolfenbüttel regelmäßig fehlen, und daß jene Zugaben reichlich aufwiegen, was die Miethpreise der Wohnungen an sich in Wolfenbüttel höher sein sollten.

---

<sup>1)</sup> Aus welchen Klassen der Mittelfuß für die Häuser berechnet ist, ergibt Anlage I. —



Namen	Zahl der jährlichen Contributions- simpla		Ackerland und Wiesen der Morgen		Gärten der Morgen	Häuser das Stück			Acker, Wiesen und Gärten 1100 Morgen (Acker 800 M. Gärten 300 M.)		Summa 1100 Morgen Land und Häuser 970	
	in Simplo Pf.	jährlich Gr.   Pf.	in Simplo Pf.	jährlich Gr.   Pf.	in Simplo Pf.	jährlich Gr.   Pf.	in Simplo	jährlich Gr.   Pf.				
1 Gelmstedt . . . .	84	2 3	1/2	—	—	—	1 8	3 18	—	403	3633	3736
2 Schönungen . . . .	50 1/2	12 7 1/2	3	6	1 1	3	2	4 5	—	Acker 263 } 894 Gärten 631 }	4082	4976
3 Königslutter . . . .	52 1/4	4 4 1/4	1	—	—	—	2	4 8	6	190	4223	4422
4 Schöppenstedt . . . .	50 1/2	10 6 1/4	2 1/2	—	—	—	1 8	3 12	2	481	3401	3882
5 Seesen . . . . .	50 3/4	9 6 3/16	2 1/4	—	—	—	1 9 1/2	3 18	2 2/3	436	3579	4015
6 Ganderstheim . . . .	53 1/2	10 3/8	2 1/4	—	—	—	1 8	3 17	2	489	3703	4162
7 Stadtholendorf . . . .	50 1/2	9 8 5/8	2 1/4	*)	—	—	—	8 1	9 2	433	1360	1793
8 Holsmünden . . . .	48 1/2	10 4 1/4	2 1/2	—	—	—	—	8 1	8 4	463	1306	1769

\*) In Betreff Stadtholendorfs stimmt der bei Bede, Grundbesitzern u., S. 170. abgedruckte Fuß nicht ganz mit dem Kataster, welcher 3/4 Morgen geachteten Acker zu 2 1/4 Pf. in Simplo den Morgen als höchstbesteuertes Land auführt. —

Die Grundbesteuerung der Landstädte ist bis auf Stadtföldendorf und Holzminden nicht wesentlich verschieden. Zieht man aus den 6 höchstbesteuerten Städten den Durchschnitt, so würde danach Wolfenbüttel zu zahlen haben

Grundsteuer 4198 Thlr.

Gewerbsteuer 2050 "

Summa 6248 Thlr.

Auch dieses Resultat trifft mit den auf den anderen beiden Wegen ermittelten Steuersummen ziemlich genau zusammen. Zu niedrig ist es auf keinen Fall berechnet, wie nachstehende Tabelle zeigt, in welcher zusammengestellt ist, wie viel und von welchen Gegenständen die einzelnen Landstädte jährlich Grundsteuer entrichten. Die Einwohner und Häuser sind nach Hassel und Bege <sup>1)</sup> angegeben:

Nro.	Namen	Einwohner	Häuser	Holzung	Hecker u. Gärten	Wiesen	Contribution zu 40 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> Simpla	Stadtaxe.	Summa der Contribution und der Stadtaxe.
				Merg.	Merg.	Merg.			
1	Helmstedt . . . . .	4300	638	334	1321	83	1466	300	1766
2	Schöningen . . .	2100	272	340	1176	22	1198	120	1318
3	Königsutter . .	1600	181	—	323	48	824	120	944
4	Schöppenstedt . .	1600	233	338	3034	69	1301	157	1638
5	Seesen . . . . .	1600	217	—	2312	1673	1394	187	1781
6	Gandersheim . .	1800	274	464	438	40	822	150	972
7	Stadtföldendorf .	1400	214	380	2421	1938	1048	112	1160
8	Holzminden . . .	2400	330	—	4399	1098	2231	112	2343

Es ergibt sich aus dieser Tabelle, daß die wirklichen Steuersätze in den Landstädten weit hinter den nach ihrer Analogie für Wolfenbüttel angenommenen zurückstehen und daß namentlich die Häuser in Wolfenbüttel nicht zu gering veranlagt sind.

<sup>1)</sup> Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg.

Dürfen wir uns hiernach überzeugt halten, in den Ansätzen von 6400 bis 6800 Thlr. das rechte Maafß für die Beträge gefunden zu haben, welche Wolfenbüttel an Grund- und Gewerbesteuer jährlich zu zahlen haben würde, wenn es den gemeinen Steuern unterworfen wäre, so wird der Anschlag vollends dadurch bewährt, daß er von jeher gesetzlich ebenso gemacht ist. Folgende Bemerkung wird dieses erläutern:

Vor der westphälischen Zeit gab es im Herzogthume mehrere Haupt=Cassen, in welche die verschiedenen Steuern flossen. So wurde die Contribution mit verwandten Anlagen in die Kriegscasse, der Landschaft und dessen Surrogate (Städte- und Kloftertare) in die Landrentereicasse und die städtische Accise in die Cammercasse eingezahlt<sup>1)</sup>. Da nun bei directer Besteuerung der Stadt Wolfenbüttel die Contribution derselben der Kriegscasse, die Stadttare der Landrentereicasse zu Gute gekommen wäre, so mußten beide Cassen für den Ausfall entschädigt werden.

Dieses geschah so, daß

a. statt der Stadttare in die Landrentereicasse von der in Wolfenbüttel auffommenden Malzaccise die Hälfte und von der Branntweinaccise der dritte Theil<sup>2)</sup>, und

b. statt der Contribution nebst verwandten Anlagen in die Kriegscasse jährlich 6486 Thlr. aus der Cammercasse abgeführt wurden<sup>3)</sup>.

Erwägt man, daß die Contribution eine Grund-, Gewerbe- und Personensteuer umfaßte, und das Einkommen der Personal-Contribution Wolfenbüttels etwa die Stadttare<sup>4)</sup> aufwiegen mochte, so liegt in der Summe von 6486 Thlr. das volle Aequivalent für Grund-

<sup>1)</sup> v. Bülow, zur Erläuterung der Landschaftsordnung v. 1820, S. 42.

<sup>2)</sup> Landtagsabschied v. 10. October 1682, Art. 7. (v. Liebhaber, Th. I. S. 293.) — Revers v. 10. October 1682, Art. 3. Nr. 2. (v. Liebhaber, a. a. O. S. 323.) Schapordnung v. 1719 sub. tit. Malz-, Bier- und Wein-Accise. — Begg, Chron. S. 72. f.

<sup>3)</sup> v. Bülow, a. a. O. S. 43.

<sup>4)</sup> Die Stadttare ist unbedeutend, da sie die im 16. Jahrhundert verglichene Aversionalsumme für den einfachen Landschaft bildet und durch spätere Verhandlungen fortwährend heruntergesetzt ist, während der Landschaft des flachen Landes auf das Aunderthalbfache erhöht wurde. — Bode, a. a. O. S. 47. — v. Bülow, Beiträge, S. 29. —

und Gewerbesteuer. Da der Veranlagungsmaaßstab für die Grundsteuer bis auf die Herabsetzung auf Courantgeld <sup>1)</sup> durchaus unverändert geblieben und für die Gewerbe im Vergleich mit dem im Jahre 1785 verbesserten Fuße der Nahrungs-Contribution <sup>2)</sup> durch den neuen Gewerbesteuertarif etwa so viel aufgesetzt ist, als die Stadt nach Verlegung der Residenz an Bevölkerung und Gewerbebetrieb abgenommen hat <sup>3)</sup>, so muß auch heute noch die bis 1807 gezahlte Summe das angemessene Aequivalent der Grund- und Gewerbesteuer bilden.

In der That ist dieses der Fall, wie wir oben gesehen haben, so daß mit voller Sicherheit 6400 bis 6800 Thlr. als diejenige Summe betrachtet werden kann, welche die Stadt Wolfenbüttel außer der Personalsteuer zu zahlen haben würde, wenn sie nach dem gemeinen Steuersysteme veranlagt wäre.

Da sie nach ihrer jetzigen Besteuerungsweise jährlich 16,924 Thlr., oder nach Abzug der Erhebungskosten von 2450 Thlr. etwa 14,474 Thlr. aufbringen muß, so ist sie um 8 oder 10,000 Thlr. zu hoch besteuert. Sie hat auch insofern das größte Interesse, auf Erfüllung der ihr so oft wiederholten Zusage zu dringen, daß sie

„zu den gemeinen Landes-oneribus nach billiger Proportion gleich andern Städten concurriren solle <sup>4)</sup>.“

#### §. 4.

Es ist endlich

II. zu untersuchen, in welchem Verhältniß Wolfenbüttel zu dem gleichfalls indirect besteuerten Braunschweig mit Abgaben belastet ist.

Wolfenbüttel war früher niedriger veranlagt, als Braunschweig. Noch das Gesetz vom 11. Mai 1835 gewährte ihm folgende Vergünstigungen:

<sup>1)</sup> Landtagsabschied v. 2. August 1837, Art. 4. (S. 241.)

<sup>2)</sup> Bode, Grundsteuer-System 2c. S. 175 ff.

<sup>3)</sup> In den Jahren 1748—1754 hatte Wolfenbüttel mit Einschluß der Garnison 12—14000 Einwohner. Bege, Chron. S. 201.

<sup>4)</sup> Heinrichstätt'sche Statuten, Art. 12. — Landtagsabschied v. 1682, Art. 26. Schatzordnung v. 1719 sub. tit. Stadttage. — Landschaftliche Privileg. v. 1710, Art. 108. — und Landtagsabschied v. 1770, Art. 36. — (Steinacker, Organisations-gesetze, S. 544 und 573.) Receß v. 2. September 1775, Art. 20. (v. Liebhaver, Einleitung Th. I. S. 463.) —

1. Die Mahlaccise war etwas geringer, z. B. hinsichtlich des Bäderheyemehls und weil die Bäder in Braunschweig außer der Accise Sichtgeld bezahlen mußten <sup>1)</sup>).

2. Das Sperrgeld betrug Abends vor 10 Uhr in Wolfenbüttel 8 Pf., in Braunschweig 9 Pf. <sup>2)</sup>).

3. Ein Brückengeld, welches Braunschweig mit durchschnittlich 6900 Thlr. jährlich aufbrachte, fehlte in Wolfenbüttel gänzlich <sup>3)</sup>).

Das Gesetz vom 21. December 1841 hat diese Vergünstigungen aufgehoben und beide Städte an indirecten Abgaben völlig gleichgestellt. Wolfenbüttel ist dadurch augenscheinlich benachtheiligt, weil es bei übrigens gleicher Steuerveranlagung — indem namentlich auch in Braunschweig die Gildengenossen von der Gewerbesteuer befreiet sind <sup>4)</sup> — unverhältnißmäßig höhere Grundsteuer zahlt.

Braunschweig hat über 3000 Häuser und eine Feldmark von 9114 Morgen <sup>5)</sup>, welche sich in den letzten Jahren durch die Separation mit den benachbarten Ortschaften auf mehr als 10,000 Morgen vermehrt hat. Braunschweig hat also an Häusern über 3 mal, und an Acker über 9 mal so viel, als Wolfenbüttel; gleichwohl stehen die Grundabgaben in diesem Verhältniß:

Wolfenbüttel		Braunschweig	
m. 970 Häusern u. 1100 M. Land.		m. 3000 Häusern u. 10000 M. Land.	
1. Service	1748 Thlr.		6211 Thlr.
2. Fouragegeld	70 "		468 "
3. Proviantgeld	43 "		291 "
Summa	1861 Thlr.		6970 Thlr.

Wolfenbüttel ist aber auch hinsichtlich der indirecten Abgaben außerordentlich benachtheiligt. Von hier werden nämlich alle diese Abgaben, mit Ausnahme des Brückengeldes und Waage- und Pfundgeldes, für welche die Rammerei jährlich 550 Thlr. Entschädigung erhält,

<sup>1)</sup> Mahlaccisetarif v. 1833. (S. 490.)

<sup>2)</sup> Sperrgeldstatif v. 1833. (S. 492.)

<sup>3)</sup> Gef. v. 11. Mai 1833. §. 45 ff. (S. 474.)

<sup>4)</sup> Gewerbesteuergef. v. 4. April 1837. §. 1. (S. 162.) — Modificationen der Personalsteuer v. 17. Juli 1837. §. 1. a. G. (S. 330.)

<sup>5)</sup> Haffel und Bege, a. a. O. Th. I. S. 236 ff. 297.

ohne Entgeld in die Staatscasse gezahlt, von Braunschweig dagegen fließt ein bedeutender Theil der Abgaben dem Erfolge nach nicht in die Staats-, sondern in die Stadtcasse.

Die Stadt Braunschweig haderte nämlich seit langer Zeit mit der Landesregierung um verschiedene ihr angeblich entzogene Vermögensstücke. Dazu gehörten nachstehende Abgaben in der Stadt <sup>1)</sup>, welche vor dem Jahre 1842 durchschnittlich im Jahre die beigefetzten Summen abwarfen <sup>2)</sup>:

1) Thorabwerfholz . . . . .	1400 Thlr.
2) Waage- und Pfundegeld . .	4000 "
3) Niederlagegeld . . . . .	430 "
4) Thorsperrgeld . . . . .	3000 "
5) Brückengeld . . . . .	6900 "

---

Summa 15,730 Thlr.

Unter dem 17ten December 1832 wurde ein einstweiliger Vergleich abgeschlossen, welcher der Landesregierung die Verwaltung jener Abgaben überließ, die Ansprüche der Stadt aber insofern verwirklichte, als der Kammereicasse durch Uebernahme städtischer Lasten, welche sonst durch Communalsteuern bestritten werden mußten und von den Bewohnern Wolfenbüttels wirklich bestritten werden, eine reichliche Vergütung vom Fiscus geleistet wird <sup>3)</sup>.

Das Gesetz vom 21. December 1841 hat zwar mit jenen Abgaben erhebliche Veränderungen vorgenommen, aber nur zum Vortheil der Stadt, welche an Vergütung denselben Betrag fortbezieht, aber an Leistungen durch die Herabsetzung der fraglichen Abgaben einen ansehnlichen Erlaß genießt. Noch jetzt muß daher von den Staatsabgaben der Stadt Braunschweig der vor dem Gesetze vom 21. December

<sup>1)</sup> Anlage A. des Landtagsabschieds v. 26. Mai 1835. Nr. 10., 11., 12. — (S. 665.) — Bode's Uebersicht der Stadtverwaltung zu Braunschweig seit 1823. Hft. I. S. 50. —

<sup>2)</sup> Ramentlich im Jahre 1836 haben die Abgaben die im Texte angegebenen Beträge geliefert. In Bode's Uebersicht der Stadtverwaltung u. (S. 50.) sind sie nur zu 12,171 Thlr. angeschlagen.

<sup>3)</sup> Bode, Uebersicht der Stadtverwaltung, Hft I. S. 51. Im Ganzen erhält die Stadt von der Herzoglichen Kammer aus den von dieser verwalteten Kammereigütern jährlich 36,727  $\frac{1}{3}$  Thlr.

1841 aufgefundenen Betrag der genannten Abgaben in Abzug gebracht werden, weil die der Stadt zu Gute kommende Entschädigung fortwährend jenem Betrage entspricht.

Braunschweig hat im Jahre 1843 an Abgaben aufgebracht<sup>1)</sup>:

I. Verbrauchsabgaben.

1) Thoraccise . . . . .	16,006 Thlr.
2) Mahlaccise . . . . .	23,435 "
3) Schlachtaccise . . . . .	29,559 "
<hr/>	
Summa	69,000 Thlr.

II. Verkehrsabgabe.

Brückengeld . . . . .	7720 "
-----------------------	--------

III. Für Anstalten.

1) Waage- und Pfandgeld	} . 1205 "
2) Niederlagegeld	
3) Hopfenstempelgeld <sup>2)</sup>	

IV. Grundabgabe . . .	6970 "
-----------------------	--------

Summa summarum 84,895 Thlr.

Werden davon abgesetzt obige . . . . 15,730 "

so bleiben 69,165 Thlr.

Setzt man nun auch bei Wolfenbüttel die Abgaben, wofür der Stadt eine Entschädigung gereicht wird, mit 550 Thlr. ab, so zahlen jährlich:

Wolfenbüttel	Braunschweig
16,924 Thlr.	69,165 Thlr.

ein Verhältniß wie 100 : 413.

Nachdem die Abgabenbeträge ermittelt sind, welche von beiden Städten effectiv in die Staatskassen fließen, soll ferner bestimmt werden, in welchem Verhältnisse Wolfenbüttel gegen Braunschweig übersteuert ist. Es bieten sich zu dem Zwecke drei Maßstäbe dar, von denen aber der erste — obgleich früher allein angewandt — entschieden falsch

<sup>1)</sup> Wegen Mangels an Daten konnte der durchschnittliche Betrag, welcher von 1842—1845 jährlich aufgefunden ist, nicht berechnet werden.

<sup>2)</sup> Ueber diese Abgabe vergl. Landesherl. B. v. 12. Januar 1726. (Fredericksdorff. Prompt. Th. IV. S. 99 f. Th. V. S. 191.) Die Abgabe ist unbedeutend und beträgt jährlich etwa 20 Thlr.

ist, wenn schon er bei richtigem Gebrauche gleichfalls für Wolfenbüttel kein ganz ungünstiges Resultat liefert; die Maassstäbe

- A. Der Bevölkerung;
- B. Der Steuerfähigkeit zu den gemeinen Landesabgaben;
- C. Der Steuerfähigkeit im Allgemeinen.

Alle drei Maassstäbe sollen nach einander angelegt werden.

#### A. Bevölkerung.

In runder Summe hat Einwohner:

Wolfenbüttel <sup>1)</sup>	Braunschweig
8300	38,000

ein Verhältniß wie 100 : 457; folglich steuert der Kopf in Wolfenbüttel zu dem in Braunschweig wie 100 : 90.

In der That ist aber Wolfenbüttel in einem weit höheren Grade überlastet.

Der gebrauchte Maassstab der Bevölkerung kann nämlich deshalb kein richtiges Ergebniß liefern, weil die Personen nicht als solche gleichmäÙig, sondern nach Verhältniß ihrer Steuerkräfte verschieden besteuert werden. Nur dem Resultate der anderen beiden Maassstäbe darf man daher vertrauen.

#### B. Steuerfähigkeit zu den gemeinen Landesabgaben.

Was Wolfenbüttel in dieser Beziehung an Steuerkräften besitzt, ist schon oben festgestellt. Nur in Betreff Braunschweigs bedarf es noch einer Untersuchung. Auch diese kann sich indeß auf das Grundsteuercapital beschränken, weil die Gewerbe- und Personalbesteuerung beider Städte keinen Unterschied darbietet.

Bei dem Grundsteuercapitale Braunschweigs sind die Häuser und das artbare Land zu trennen.

Um

a) die Häuser nach ihrem Reinertrage zu veranschlagen, stehen keine Schätzungen ihres Miethwerthes, sondern lediglich die Daten der Feuerversicherung zu Gebote. Am 1. Januar 1844 war das Versicherungscapital der Stadt Braunschweig in der Landesversicherungsanstalt 10,193000 Thlr. Abgesehen von den unversicherten oder aus-

<sup>1)</sup> Genau angegeben 8270 Einwohner.



wärts versicherten Häusern war also im Durchschnitt das Haus zu 3397 Thlr. versichert, während auf das Haus in Wolfenbüttel nur 1569 Thlr. als Mittelversicherungscapital kommen.

Weil in Braunschweig im Durchschnitt  $12\frac{2}{3}$ , in Wolfenbüttel aber nur  $8\frac{34}{97}$  Menschen in einem Hause wohnen, so könnte es scheinen, als ob jene Werthverschiedenheit auf einem durchgreifenden Größenunterschiede der Häuser beruhte. Dem ist aber nicht so.

Die Häuser in Wolfenbüttel sind mit wenigen Ausnahmen über 100 Jahre alt, und weil Wolfenbüttel damals einschließlich der Garnison 12—14000 Einwohner hatte <sup>1)</sup>, welche in derselben Häuserzahl Unterkommen finden mußten, worin jetzt 8300 Menschen wohnen, im Durchschnitt ursprünglich zu 12—14 Menschen eingerichtet und in der Größe den ebenso eingerichteten Häusern Braunschweigs ziemlich gleich. Der Unterschied des den Versicherungen zum Grunde liegenden Bauwerths muß daher in der neueren, besseren und kostbaren Bauart seine Ursache haben.

Ist dieses richtig, so hängt der größere Ertrag eines Hauses in Braunschweig gegen Wolfenbüttel nicht allein von dem größeren Bauwerthe ab. Er muß außerdem um so viel reichlicher sein, als die Nachfrage nach Wohnungen in Braunschweig größer ist, d. h. er muß in dem Verhältniß der Bevölkerung zur Häuserzahl steigen, also gegen Wolfenbüttel etwa wie 3 : 2 sich verhalten. Mit anderen Worten, in Braunschweig müssen 3% des Versicherungscapitals als Reinertrag der Häuser gerechnet werden, wenn man in Wolfenbüttel 2% rechnet.

Erwägt man nun, daß einerseits in Braunschweig ein großer Theil der Gebäude unversichert oder auswärts versichert ist, andererseits aber auch steuerfreie Häuser in der Versicherungsanstalt sich befinden, so wird man 10,100000 Thlr. als das Versicherungscapital der steuerbaren Häuser und 303,000 Thlr. als das Steuercapital annehmen können, von dem die Steuer zu  $\frac{1}{8}$  betragen würde 37,875 Thlr.

b) Mit dem Ackerlande ist leichter fertig zu werden. Obgleich es vor dem volkreicheren Braunschweig einträglicher sein wird, als vor Wolfenbüttel, soll doch dessen Reinertrag nicht höher, als hier,

<sup>1)</sup> Bege, Chron.-S. 201.

also zu 8 Thlr. der Morgen veranschlagt werden. Das Steuercapital der Feldmark zu 10,000 Morgen beläuft sich daher auf 80,000 Thlr. und die Steuer zu  $\frac{1}{8}$  auf 10,000 Thlr.

An Grundsteuer würde hiernach zu zahlen sein:

	in Wolfenbüttel	in Braunschweig
von den Häusern	3,422 Thlr.	37,875 Thlr.
vom Lande	1100 "	10,000 "
Summa	4,522 "	47,875 Thlr.

ein Verhältniß wie 100 : 1058, so daß Wolfenbüttel gegen Braunschweig nach Maaßgabe der Steuerfähigkeit zu den gemeinen Steuern zu viel steuert, wie 100 : 40.

### C. Steuerfähigkeit im Allgemeinen.

Dieselbe beruht auf dem Maaße des Reineinkommens aller Bewohner. In beiden Städten wird das Reineinkommen jährlich zum Zweck der Gemeindeabgaben geschätzt. Man verfährt dabei so, daß man das Einkommen im Allgemeinen nach einer gewissen Progression in Klassen bringt, und die einzelnen Einwohner nach ihrem besonderen Einkommen unter die Klassen vertheilt, dasjenige Einkommen aber, welches zu niedrig ist, um über die unentbehrlichsten Bedürfnisse einen Ueberschuß zu gewähren, außer Anschlag läßt. In Wolfenbüttel sind 24 Klassen gemacht und 80 Thlr. als die Untergrenze des steuerbaren Einkommens angenommen. Braunschweig hat 36 Klassen und läßt die Steuerbarkeit erst mit 100 Thlr. anheben. Wenn wir diese Einkommenschätzungen zum Grunde legen, um die Steuerbarkeit der beiden Städte im Allgemeinen zu bestimmen, so muß deshalb bei Wolfenbüttel die letzte Klasse, oder derer, die unter 100 Thlr. Einkommen haben, abgesetzt werden. Außerdem müßte bei der Stadt Braunschweig berücksichtigt werden, daß das Diensteinkommen aller Militairpersonen vom Hauptmanne zweiter Klasse abwärts, welche von städtischen Lasten befreiet sind <sup>1)</sup>, in die Steuerrolle nicht aufgenommen ist, wenn die unter K. und L. angefügten Steuerrollen des Jahres 1843 nicht ohne dies schon folgendes Ergebnis in Betreff des jährlichen Einkommens lieferten:

<sup>1)</sup> Allgemeine Städteordnung v. 4. Juni 1834. §. 45. (S. 29.)

Wolfenbüttel  
364,975 Thlr.

Braunschweig  
2,863,850 Thlr.

ein Verhältniß wie 100 : 784, so daß der Kopf in Wolfenbüttel nicht voll 43 Thlr., in Braunschweig aber 75 Thlr. Einkommen hat, und daß nach Abgabe des Gesamteinkommens Wolfenbüttel gegen Braunschweig wie 100 : 57, und der Kopf in Wolfenbüttel gegen den in Braunschweig wie 100 : 52 besteuert ist.

Stellt man die Resultate dieser Untersuchung zusammen, so ist Wolfenbüttel gegen Braunschweig überlästigt:

A. nach der Bevölkerung wie 100 : 90,

B. nach der Steuerfähigkeit zu den gemeinen Steuern wie 100 : 40,

C. nach der Steuerfähigkeit überhaupt wie 100 : 57.

Für die Richtigkeit dieser Resultate leistet endlich folgende allgemeine Betrachtung der Vermögensverhältnisse beider Städte Gewähr.

Braunschweig mit seinen Messen, Handel, Fabriken, der Hofhaltung, den höchsten Staats-Beörden, dem Militair des ganzen Landes, den Eisenbahnverbindungen, Chaussee'n und Fremdenverkehre, mit öffentlichen Bauten, einer bedeutenden Feldmark<sup>1)</sup>, ansehnlichem Kammereivermögen<sup>2)</sup> und sehr bedeutenden Armenstiftungen<sup>3)</sup> hat ergiebige Erwerbs- und Hülfquellen, welche Wolfenbüttel entbehrt. Die von jeher<sup>4)</sup> arme Patrimonialstadt besitzt weder Ackerland zur Landwirthschaft und zur vortheilhaften Betreibung landwirthschaftlicher Gewerbe, noch Verbindungsstraßen zur Erleichterung des Groß- und Expeditionshandels, und hat den größten Theil des sonst durch Geschäfte mit der Umgegend blühenden Kleinhandels eingebüßt durch die Eisenbahn, welche die Kunden nach Braunschweig entführt, und durch den Anschluß an den Zollverein, welcher die benachbarten Hannoverschen Landestheile absperrt.

Wolfenbüttel hat endlich gar kein Kammereivermögen, son-

<sup>1)</sup> Manche Besitzer geringerer Häuser erhalten aus dem Ertrage der Gemeindesgüter jährlich mehr, als sie an directen Staats- und Gemeindeabgaben zusammen-  
genommen zu erlegen haben. — Bode, Uebersicht der Staatsverwaltung v. Braun-  
schweig seit dem Jahre 1823. Heft I. S. 23.

<sup>2)</sup> Bode, a. a. O. S. 33 ff.

<sup>3)</sup> Bode, a. a. O. Heft IV.

<sup>4)</sup> Vergl. Bege, Chron. S. 72, 73, 103.

bern muß seine Bewohner mit enormen Communal- und Armensteuern belästigen und trägt dazu alle die Nachtheile, welche die Nähe einer großen Stadt für die kleinere unvermeidlich mit sich bringt. Ein sprechendes Zeugniß der Verarmung Wolfenbüttels liefert die Erfahrung, daß die Bewohner weit mehr vegetabilische Nahrungsmittel zu genießen genöthigt sind, als die Braunschweiger. Das Verhältniß der von beiden Städten gezahlten Mahl- und Schlachtaccise ist z. B. im Jahre 1843 dieses gewesen:

	Wolfenbüttel	Braunschweig
Mahlaccise	6222 Thlr.	23,435 Thlr.
Schlachtaccise	4884 „	29,559 „

oder an Mahlbedarf für den Kopf wie 100 : 86,

an Schlachtbedarf dagegen für den Kopf wie 100 : 130.

Vielleicht ließen sich noch andere Einzelheiten der Art anführen, indeß mag es bei dem Beigebrachten sein Bewenden haben, weil es hinreichen wird, die Ueberzeugung von der Ueberlastung Wolfenbüttels gegen Braunschweig auch von dieser Seite zu befestigen.

### Schl u ß.

Es ist jetzt nachgewiesen, daß die Stadt Wolfenbüttel unverhältnißmäßig hoch besteuert ist, sowohl im Vergleich zu den eigenen Steuerkräften, als im Vergleich zu dem flachen Lande, den Landstädten und der Stadt Braunschweig.

Die Stadt hat ein Recht zu verlangen, daß das Uebermaaß von Lasten ihr abgenommen werde. Sie braucht sich dafür nicht bloß auf die allgemeine Billigkeit zu berufen, sie hat auch ausdrückliche Bestimmungen der Landesgrundgesetze für sich. Die erneuerte Landschaftsordnung erklärt <sup>1)</sup>:

<sup>1)</sup> v. J. 1832. §. 39. — (S. 201.) —

„die Theilnahme an den Staatslasten trifft Alle — allge-  
 „mein und nach gleichen Grundsätzen“;  
 und die landschaftlichen Privilegien von 1770 <sup>1)</sup> fügen noch bestimmter  
 hinzu:

„Kein Stand ist schuldig, des Andern Quotam und Gebührniß  
 „zu übertragen, und können die Uebrigen aus der Ursache, daß  
 „vielleicht nicht alles aufkommen möchte, nicht übersetzt werden.“

Die Stadt Wolfenbüttel darf daher hoffen, daß endlich in Er-  
 füllung gesetzt werde, was ihr schon vor langer Zeit und wiederholt  
 verheißen ist <sup>2)</sup>:

„daß sie zu den gemeinen Lasten nach billiger Proportion  
 „gleich den andern Städten concurriren solle.“

<sup>1)</sup> Art. 27. (Bergl. v. Liebhaber, Einleitung zc. Th. I. S. 281 f. — Land-  
 schaftl. Privileg. v. 1710. Art. 15. — Steinacker, Organisationsgef. S. 531  
 und 597.)

<sup>2)</sup> Heinrichst. Statut. Art. 12. Landtagsabschied v. 1682, Art. 26. — Land-  
 schaftliche Privileg. v. 1710, Art. 108. (Steinacker, Organisationsgesetze, S. 527  
 ff.) — Schahordnung von 1719 sub. tit. Stadttage. — Landtagsabschied v. 1770,  
 Art. 36. — Receß v. 2. September 1773, Art. 20. (in v. Liebhaber, Einleitung  
 zc. Th. I. S. 463 ff.) —

# Anlagen.

---

## Anlage A.

Die nachstehende Tabelle zeigt, was in Wolsfenbüttel an Accise aufgekomen ist in einem Jahre (1832) vor dem Steuervereine, als noch Gegenstände des Aus- und Inlandes der Thoraccise unterworfen waren, in einem anderen Jahre während des Steuervereins (1836), und in einem dritten Jahre nach Aufhören des Steuervereins während des Zollverbands (1842).

Nro.	Art der Abgaben.	Betrag der Abgaben.		
		1832	1836	1842
1	Thoraccise . . . . .	4089	2610	3282
2	Mahlaccise (ausschließlich 3800 Thlr. Mahllohn) . . . . .	5051	5156	6222
3	Schlachtaccise . . . . .	2461	3013	4884
Summa		11,601	10,779	14,388

Die Verminderung der Thoraccise ist — wie der Text weiter ausführt — in Folge der erhöhten Grenzzölle eingetreten. Bei der Mahl- und Schlachtaccise ist eine stete Steigerung augenfällig. —

## Anlage B.

Die Vorzüge des Tarifs der Mahllaccise vom Jahre 1835 <sup>1)</sup>, nach dem neuen Himten umgerechnet 1838 <sup>2)</sup>, bestehen theils darin, daß die eigentliche Accise niedriger war, theils darin, daß hier und da am Mahllohn ein Erlass gewährt wurde. Nachdem im Jahre 1842 der Mahllohn allgemein auf  $\frac{1}{16}$  des zu vermahlenden Getraides <sup>3)</sup> und bei Malz auf 10 Pf. vom Himten bestimmt <sup>4)</sup> und für die eigentliche Accise ein neuer Tarif eingeführt ist <sup>5)</sup>, sind die Abgaben vom Gemahl nicht bloß dadurch erhöht, daß die Accise aufgesetzt, sondern auch dadurch, daß der Erlass am Mahllohn aufgehoben ist. Die nachstehende Tabelle zeigt, in welchem Maaße beides Statt gefunden hat.

Hundert Pfund Getraide sind durchschnittlich als 2 Himten berechnet, da sich das Mehrgewicht des Weizens durch das Mindergewicht der Gerste ziemlich ausgleichen wird. Die Getraidepreise sind nach den in der Ablösungsordnung <sup>6)</sup> angenommenen Normalsätzen gewählt.

---

<sup>1)</sup> Gef. v. 11. Mai 1835. (S. 489.)

<sup>2)</sup> Bekanntmachung vom 12. Juni 1838. (S. 491.)

<sup>3)</sup> Allgemeine Mühlenordnung v. 21. December 1841. §. 4. (S. 470.)

<sup>4)</sup> Bekanntmachung vom 14. Januar 1842. (S. 109.)

<sup>5)</sup> Tarif v. 21. December 1841. (S. 466.)

<sup>6)</sup> Ablösungsordn. v. 20. December 1834 §. 94. (S. 178.)



Nro.	Gegenstände 100 Pfund = 2 St. also 1 St.	Accise u. Mahllohn vor 1842.						Mahllohn.	Reine Accise nach Maaß des Mahllohns vor 1842.		Accise nach 1842.		Erhöhung der Accise nach 1842 um		Erhöhung des Mahllohns nach 1842 um		
		Accise		Stichtgeld		Waaggeld	Summa										
		qtr.	pf.	qtr.	pf.												
		qtr.	pf.	qtr.	pf.	qtr.	pf.	qtr.	pf.	qtr.	pf.	qtr.	pf.	qtr.	pf.	qtr.	pf.
1	Weizen zu Mehl. 1 Ste. = 22 Ggr.	4	3 $\frac{1}{4}$	4	1	4	8 $\frac{1}{4}$	1	4 $\frac{1}{2}$	3	3 $\frac{3}{4}$	3	4	—	1 $\frac{1}{4}$	—	—
2	Roggen zu Mehl. 1 Ste. = 17 Ggr.	2	3 $\frac{1}{2}$	2	1	2	6 $\frac{1}{2}$	1	3 $\frac{1}{4}$	1	5 $\frac{3}{4}$	1	8	—	2 $\frac{1}{4}$	—	—
3	Weizen zu Viehschrot.	1	7	—	1	1	8	1	4 $\frac{1}{2}$	—	3 $\frac{1}{2}$	1	3	—	11 $\frac{1}{2}$	—	—
4	Roggen zu Schrot.	1	7	—	1	1	8	1	3 $\frac{1}{4}$	—	7 $\frac{1}{4}$	1	3	—	7 $\frac{3}{4}$	—	—
5	Gerste zu Schrot. 1 St. = 13 Ggr.	1	7	—	1	1	8	—	9 $\frac{3}{4}$	10 $\frac{1}{4}$	1	3	—	4 $\frac{3}{4}$	—	—	—
6	Getraide zu Graupen, Grös und Grüte.	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	1	8	1	7	—	—
7	Biermalz (Gerste).	—	7 $\frac{1}{2}$	—	1	—	8 $\frac{1}{2}$	—	10	—	—	—	—	—	—	1 $\frac{1}{2}$	—
8	Branntheinschrot. (Roggen.)	—	7 $\frac{1}{2}$	—	1	1	8 $\frac{1}{2}$	1	3 $\frac{1}{4}$	—	—	—	—	—	—	4 $\frac{1}{4}$	—

## Anlage C.

Nro.	Tarif der Schlacht-Accise, das Stück	vor 1842			nach 1842	
		Thlr.	Ggr.	Pf.	Thlr.	Ggr.
1	Rindvieh, 6 Monat alt u. darüber	2	14	—	4	2
2	Schwein, 4 Monat alt u. darüber	—	20	8	1	9
3	Kalb, unter 6 Monat alt . . . .	—	6	2	—	10
4	Lamm, Schaaß, Ziege . . . .	—	4	10	—	7
5	Schaaßlamm u. Ziegenlamm . . .	—	1	4	—	2
6	Spannsferkel, unter 4 Monat alt .	—	1	4	—	2

Numerk. Vergl. Ges. und Tarif v. 11. Mai 1833. (S. 491.) und Ges. u. Tarif v. 21. December 1841. (S. 467.)

## Anlage D.

Der dreißigjährige Durchschnittspreis des Roggens war in Gemäßheit der Tabellen des Stifts St. Blasii für die Jahre 1653 bis 1682 einschließlich, also bei Einführung des Contributionsfußes von 1683, für den Hinten 13 mgr. 2<sup>14</sup>/<sub>15</sub> Pf., oder unter Nichtberücksichtigung des Bruchs 13 mgr. 3 Pf., und es ist anzunehmen, daß dieser Mittelpreis bei Feststellung des Contributionsfußes Beachtung gefunden hat.

Der Morgen dienst- und zehntfreien Erb- und Erbenzins- und Lehnlandes erster Klasse steuerte 1683, unter Berücksichtigung der damals gesetzlichen 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Simpla, an Contribution jährlich 15 Ggr., an Proviant- und Fourragegelde zu <sup>1</sup>/<sub>6</sub> der Contribution berechnet 2 Ggr. 6 Pf., und an doppeltem Landschag 5 Pf. <sup>1</sup>/<sub>2</sub>, also im Ganzen 17 Ggr. 11 Pf., wogegen der Bruttoertrag an Körnern im Winterfelde, die Bestellung mit Roggen vorausgesetzt, 10 Hinten, also an Geldwerthe 3 Thlr. 17 Ggr. 2 Pf. betrug. Die Steuer nahm demnach ungefähr <sup>1</sup>/<sub>3</sub> des Bruttoertrags in Anspruch.

## Anlage E.

Für die Annahme, daß der achte Theil des Reinertrags von den Häusern die angemessene Steuer sein würde, sprechen folgende Gründe:

1. Die Grundbesteuerung des Landes verzehrt gleichfalls den achten, wenn nicht gar nur den neunten Theil des Reinertrags.

2. Auch in den Landstädten ist der achte Theil des Reinertrags das Höchste, wie Häuser sich dort besteuert finden. So viel sich von sachkundigen Personen haben Nachrichten einziehen lassen, verzehrt die

---

<sup>1</sup>) Schatzordnung vom 23. Juni 1619 sub. tit. Landschag, Nr. 2. und B. v. 21. October 1619. — (Fredericksd. Prompt. Th. II. S. 416 f.)

Häusersteuer in nachstehenden Städten die beigesetzten Quoten des Nettoertrags:

Helmstedt	$\frac{1}{15}$
Schöningen	$\frac{1}{12}$
Königsflutter	$\frac{1}{8}$
Holzminde	I. Kl. $\frac{1}{19}$
	II. " $\frac{1}{12}$
	III. " $\frac{1}{10}$
Blankenburg	— $\frac{1}{14}$

## U l a g e F.

Das flache Land giebt als Grundsteuer: Landschaz und Contribution nebst Fourage- und Proviantgeld; den Landschaz nach der Schazordnung von 1719 und jährlich  $1\frac{1}{2}$  mal <sup>1)</sup>, die Contribution nach dem Fuße von 1683 und monatlich zu  $3\frac{7}{12}$  oder jährlich zu 43 Simpla, das Fourage- und Proviantgeld zu einem festen Betrage und gleichfalls nach dem Fuße der Contribution zu resp.  $2\frac{1}{2}$  und  $10\frac{3}{16}$  Simpla jährlich <sup>2)</sup>, also die Contributionsabgaben im Ganzen zu  $55\frac{11}{16}$  Simpla <sup>3)</sup>.

Die Höfe in den Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Quar-  
tieren zahlen hiernach jährlich die in nachstehender Tabelle berechneten Grundabgaben:

<sup>1)</sup> B. v. 6. August 1709 (Fredericksdorff, Prompt. s. v. Guesen-Schaz. Th. I. S. 345.) Bede, a. a. O. S. 45. — Vergl. B. v. 6. September 1823. (S. 219 f.)

<sup>2)</sup> Landtagsabschied v. 11. Juli 1823, Art. 11. Rescr. des L.-St.-G. vom 11. Jul. 1829. (Bege, Repertor. II. S. 299.) Vergl. B. v. 10. März 1721 und 18. Februar 1767. (Fredericksdorff, Prompt. Th. I. S. 176.) — B. v. 31. März 1817. §. 2. und 3. (S. 3. und 4.)

<sup>3)</sup> Das Gef. v. 7. Mai 1835. §. 4. (S. 499) ließ statt der bis dahin in Conventions-Münze gezahlten  $55\frac{11}{16}$  Simpla mit Rücksicht auf das Aufgeld  $57\frac{1}{16}$  Simpla in Courant zahlen, ist aber durch den Landtagsabschied vom 2. August 1837, Art. 4. (S. 241) wieder aufgehoben, so daß nunmehr  $55\frac{11}{16}$  Simpla in Courant gegeben werden.

Nro.	H ö f e .	Landschaft						Contribution						Summa des jährl. Land- schafes u. der Contribution.		
		1fach		1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> fach				in simpla		55 <sup>11</sup> / <sub>16</sub> simpl.						
		Ggr.	Pf.	Tbl.	Ggr.	Pf.	Ggr.	Pf.	Tbl.	Ggr.	Pf.	Tbl.	Ggr.	Pf.		
1	Kircherhof	18	—	1	3	—	4	—	9	6	9	10	9	9		
2	Halbspänner od. Großkothf.	12	—	—	18	—	2	8	6	4	6	6	22	6		
3	Kleinkothfah	6	—	—	9	—	2	—	4	15	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5	—	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>		
4	Brinkfänger	4	—	—	6	—	1	8	3	21	2 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	4	3	2 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>		

## Anlage G.

Ein Morgen dienst- und zehntfreien Erb-Erbenzins oder Lehnlands erster Klasse giebt an Landschaft 1fach 2 $\frac{1}{2}$  Pf., und 1 $\frac{1}{2}$ fach 3 $\frac{1}{4}$  Pf., an Contribution dagegen in Simpla 4 Pf. und zu 55 $\frac{11}{16}$  Simpla 18 Ggr. 6 Pf., also an Landschaft und Contribution zusammen genommen 18 Ggr. 10 Pf. —

## Anlage H.

Abgesehen von der auf Contributionsimpla neuerdings reducirten Stadttare bezahlen die Landstädte nur jährlich an Contribution, Proviant- und Fouragegeld 46 $\frac{1}{4}$  Simpla 1). Diese Begünstigung vor

1) Das Gef. v. 7. Mai 1833. §. 4. A. Nro. 1. (S. 499) ist wieder aufgehoben durch den Landtageabschied v. 2. August 1837, Art. 4. (S. 241.)

dem flachen Lande kommt daher, daß die Städte von den Natural-  
lieferungen des Proviantes befreit blieben<sup>1)</sup>. Ihr Beitrag zu den  
Baarkosten des Proviantes war aber so geringe, daß er im Jahre  
1817 auf  $\frac{3}{4}$  eines Simplicontributionis festgesetzt wurde<sup>2)</sup>, während  
das flache Land für Proviant  $10\frac{3}{16}$  Simpla bezahlen muß.

## Anlage I.

Contributionsfuß für die Häuser der Landstädte in Simplo.

Nro.	Namen.	Klasse									
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	
		Gg Pf	Gg Pf	Gg Pf	Gg Pf	Gg Pf	Gg Pf	Gg Pf	Gg Pf	Gg Pf	
1	Helmstedt . . .	3	— 2 8	2 4 2	— 1 8	1 4 1	—	— 8	—	4 2	
2	Schöningen . .	3	— 2 6	2 — 1 6	1						
3	Königsutter . .	3	— 2 6	2 — 1 6	1						
4	Schöppenstedt .	2	— 1 4	—							
5	Seesen . . . .	2	4 1 8	1 4							
6	Gandersheim . .	1	8								
7	Stadtfeldendorf	—	8								
8	Holzminde . .	—	8								

<sup>1)</sup> v. Bülow, Beiträge II. S. 49.

<sup>2)</sup> v. Bülow, a. a. O.

## **Anlage K.**

### **Summarische Uebersicht**

und

### **Berechnung**

der

von den Einwohnern der Stadt Braunschweig aufzubringenden  
Communal-Steuer nach den bei deren Veranlagung zum Grunde ge-  
legten Classen und des bei dieser Classification abgeschätzten Einkommens

der

**Communal-Steuer-Pflichtigen,**

extrahirt aus

**den Communal-Steuer-Rollen des Jahres 1843.**

---

Es sind angeführt:

in der Classe	zusammen an Grund- steuer- pflichtigen	zu einer jähr- lichen Steuer für einen Jeden von		auf Grundlage eines jährlichen Einkommens eines Jeden von bis		mithin zum mitt- leren Ein- kommen	Gesamt- Einkom- men sämmtli- cher Steuer- pflichtigen	Bemerkungen.
		Lhr.	Ggr.	Lhr.	Lhr.			
1	6	64	—	7500	und dar	über	45000	
2	4	60	—	7000	7500	7250	29000	
3	—	56	—	6500	7000	6750	—	
4	1	52	—	6000	6500	6250	6250	
5	—	48	—	5500	6000	5750	—	
6	3	44	—	5000	5500	5250	15750	
7	3	40	—	4500	5000	4750	14250	
8	6	36	—	4000	4500	4250	25500	
9	6	32	—	3500	4000	3750	22500	
10	9	28	—	3000	3500	3250	29250	
11	24	22	—	2500	3000	2750	66000	
12	13	19	—	2200	2500	2350	30550	
13	37	17	—	2000	2200	2100	77700	
14	29	15	—	1800	2000	1900	55100	
15	15	14	—	1700	1800	1750	26250	
16	19	13	—	1600	1700	1650	31350	
17	38	12	—	1500	1600	1550	58900	
18	26	11	—	1400	1500	1450	37700	
19	24	10	—	1300	1400	1350	32400	
20	91	9	—	1200	1300	1250	113750	
21	27	7	16	1100	1200	1150	31050	
22	142	7	—	1000	1100	1050	149100	
23	137	5	12	900	1000	950	130150	
24	159	4	8	800	900	850	135150	
25	120	3	20	700	800	750	90000	
26	238	3	8	600	700	650	154700	
27	113	2	18	550	600	575	64975	
28	278	2	6	500	550	525	145950	
29	190	1	16	450	500	475	90250	
30	379	1	12	400	450	425	161075	
31	393	1	4	350	400	375	147375	
32	627	—	22	300	350	325	203775	
33	385	—	18	250	300	275	105875	
34	824	—	14	200	250	225	185400	
35	959	—	10	150	200	175	167825	
36	1472	—	8	100	150	125	184000	
	6797			Summa			2863850	

## **Anlage L.**

### **Summarische Uebersicht**

und

### **Berechnung**

der

von den Einwohnern der Stadt Wolfenbüttel aufzubringenden  
Communal-Steuer nach den bei deren Veranlagung zum Grunde ge-  
legten Classen und des bei dieser Classification abgeschätzten Einkommens

der

### **Communal-Steuer-Pflichtigen,**

extrahirt aus

**der Communal-Steuer-Rolle des Jahres 1843.**

---



Es sind besteuert:

Klasse	in Klasse zusammen an Steuerpflichtige.	zu einer jährlichen Steuer für einen Jeden.			abgeschätzt zu einem Einkommen von bis		Mithin zu einem durch- schnittl. Ein- kommen von jährlich			Gesamtbetrag des Einkom- mens sämtl. Steuerpflichtig.			Bemer- kungen.
		Tblr.	Ggr.	Pf.	Tblr.	Tblr.	Tblr.	Ggr.	Pf.	Tblr.	Ggr.	Pf.	
1	1	40	—	—	4000	(über)	4000	—	—	4,000	—	—	
2	1	34	9	—	3601	4000	3800	—	—	3,800	—	—	
3	3	30	5	—	3201	3600	3400	—	—	10,200	—	—	
4	6	26	1	—	2801	3200	3000	—	—	18,000	—	—	
5	3	21	21	—	2401	2800	2600	—	—	7,800	—	—	
6	1	17	17	—	2201	2400	2300	—	—	2,300	—	—	
7	3	15	15	—	2001	2200	2100	—	—	6,300	—	—	
8	2	13	13	—	1801	2000	1900	—	—	3,800	—	—	
9	6	11	2	—	1601	1800	1700	—	—	10,200	—	—	
10	9	10	5	—	1401	1600	1500	—	—	13,500	—	—	
11	13	8	13	—	1201	1400	1300	—	—	16,900	—	—	
12	18	6	21	—	1001	1200	1100	—	—	19,800	—	—	
13	21	5	5	—	901	1000	950	—	—	19,950	—	—	
14	20	4	14	—	801	900	850	—	—	17,000	—	—	
15	20	3	23	—	701	800	750	—	—	15,000	—	—	
16	25	3	8	—	601	700	650	—	—	16,250	—	—	
17	50	2	17	—	501	600	550	—	—	27,500	—	—	
18	66	2	2	—	401	500	450	—	—	29,700	—	—	
19	78	1	16	—	301	400	350	—	—	27,300	—	—	
20	76	1	6	—	251	300	275	—	—	20,900	—	—	
21	83	1	1	—	201	250	225	—	—	19,125	—	—	
22	157	—	20	—	151	200	175	—	—	27,475	—	—	
23	227	—	12	—	101	150	125	—	—	28,375	—	—	
24	502	—	8	—	80	100	90	—	—	45,180	—	—	
1393								Summa		410,155			

